

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Verkauf u. Expedition: Berlin SW. 16  
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)  
Verleger: Ant. Moritzplatz 3105.05

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags  
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post  
(einschließlich Bestellgeld) 10 M.

## Vom Magdeburger Verbandstag.

Magdeburg, den 24. August 1922.

Unsere Magdeburger Filiale hatte zu Ehren der Delegierten und Gäste des Verbandstages eine schöne Empfangsfeier im „Hohenzollernpark“ veranstaltet, an der auch zahlreiche Magdeburger Kollegen mit ihren Familien teilnahmen. Kollege Fahrig, der Vorsitzende unserer Magdeburger Filiale, begrüßte in eindrucksvoller vorzüglicher Rede die Erschienenen. Auch der Verbandsvorsitzende Müntner wies in trefflichen Worten auf die Bedeutung der bevorstehenden Tagung hin.

Am nächsten Tage die eigentliche Eröffnungsrede halten. Er sprach u. a. darauf hin, daß wir uns in einer außerordentlich schwierigen Situation in Deutschland befinden infolge der katastrophalen Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages. Wir müssen aber optimistisch bleiben aus Prinzip, wir vertreten die aufsteigende Welt des Sozialismus gegen den niedergehenden Kapitalismus.

Demnächst sämtliche ausländischen Delegierten begrüßt unser internationaler Sekretär van Hinte-Amsterdamer herzlich den Verbandstag. Der Krieg mit seinen schrecklichen Mitteln gegen Deutschland, der nach dem Ende einsetzte, sollte endlich ein Ende finden. Die Arbeiterklasse muß alles aufbieten zur Abwehr jeglicher Angriffe auf die Republik.

Bei der Begrüßungsrede erfolgten durch Steinke Magdeburger Ortsauschuß des ADGB, Magistratsrat Schmidt als Vertreter des Magdeburger Magistrats, der Stadtverordneten, Papenroth für die technischen Beamten, Hausherr für den Zentralverband der Angestellten, Neumann (Feuerwehr), Häusler (Reichsbetriebsrätezentrale).

Besonders eindrucksvoll und ausführlich war die Begrüßungsansprache des Genossen Scheffel vom Eisenbahnerverband. Alle Arbeiter der öffentlichen Betriebe und Organisationen haben gemeinsame Aufgaben und Lebensinteressen. In der Zukunft noch stärker als bisher. Das Bestreben der Gewerkschaften, die Vereinheitlichung der Organisation ist auf dem Magdeburger Gewerkschaftskongress anerkannt worden. Wir müssen ein enges und freundschaftliches Zusammenwirken zwischen den beiden großen Organisationen der öffentlichen Betriebe befürworten und auch in der gemeinsamen Abwehr eng zusammenstehen.

Der große Beifall der Delegierten bewies, daß diese Aufgaben auch in unseren Reihen geteilt wird.

Der große Beifall der Delegierten bewies, daß diese Aufgaben auch in unseren Reihen geteilt wird. Der Antrag der Richtungsstreit bei uns leider noch seine Wirkung nicht erlangt, bewies der Antrag Kroll-Jena, der den Vorsitzenden nach Parteirichtungen forderte. Der Antrag gegen wenige Stimmen abgelehnt, es wurden Müntner

und Fahrig-Magdeburg mit gleichen Rechten gewählt. Als Beisitzer werden einmütig 6 Kollegen bestimmt. Ebenso vollzieht sich die Wahl der Mandatsprüfungskommission reibungslos.

Alsdann beginnt Kollege Müntner mit dem allgemeinen Teil des Geschäftsberichts. Er schildert zunächst die Verbandsentwicklung, geht dann auf Veränderungen im inneren Verbandsleben ein, darunter das Ausscheiden unseres verdienstvollen bisherigen Vorsitzenden Hedemann sowie des Kassierers Ahmann, erörtert die Lohnbewegungen und Streiks der letzten drei Jahre. Da unser Kollege Becker leider durch starke rheumatische Schmerzen an der Teilnahme am Verbandstag behindert ist (er befindet sich zurzeit in einem Krankenhaus), so mußte Kollege Müntner auch diese wichtigen Vorgänge mit vortragen. Ausführlich und ohne alle Schärfe ging er dabei auf den Berliner Streik ein, den er noch einmal nach allen Richtungen durchleuchtete. Wenn auch unsere Berliner Ortsverwaltung von dem Redner in ihrer Taktik verschiedentlich bloßgestellt wurde, so gelang es ihm doch, ohne allzu scharfe Verlegungen diese schwerste Klippe des Magdeburger Verbandstages zu umschiffen. Der entscheidende Fehler selber allgem. darin zu suchen, daß nach Fällung des Schiedsspruchs eine neue Situation entstand, die durch erneute Urabstimmung (für oder gegen Streik) hätte entschieden werden müssen. Auch der Zusammenbruch unserer Hallenser Filiale infolge des unverantwortlichen Treibens der Kommunisten Hertel, Petsch usw. wurde von Müntner ausführlich behandelt. Heute haben wir in Halle nahezu vier Fünftel der früheren Mitgliedschaft wieder zurückgeholt.

Ueber das „Tarifvertragswesen“ referiert Paul Schulz. Das Tarifwesen ist in unserem Verbandswesen auf außerordentlicher Blüte gelangt. Neben den Bezirkslohntarifen besteht der Reichsmanteltarif. Das Arbeitsverhältnis ist zurzeit für fast 90 Proz. aller Mitglieder tariflich geregelt. Redner behandelt in seinem beifällig aufgenommenen Referat auch die Anträge zu diesem Punkt, die verschiedene weittragende Forderungen enthalten.

Ueber die Betriebsräte sowie die Beamtenfrage referiert Stetter. Er weist auf die Mängel des Betriebsrätegesetzes hin, aber auch auf die Mängel, die durch ungenügende Kenntnis der Bestimmungen sowie durch taktische Fehler usw. entstehen. Es fehlen uns noch immer die Bezirkswirtschaftsräte. Leider fehlt uns auch die volle Anerkennung der praktischen Mitwirkung der Betriebsräte im Produktionsprozeß. Notwendig bleibt ein enges Hand-in-Handarbeiten der Betriebsräte mit den Gewerkschaften.

Ueber die Presse berichtet Dittmer. Wir sind seit dem letzten Verbandstag von 250 000 auf 315 000 gestiegen mit der Auflage der „Gewerkschaft“. Beschwerden sind nur wenige eingegangen, die vom Redner behandelt werden.

Ebenso bespricht er die Anträge über Fachartikel usw. Durch die horrenden Papierpreise kostet jetzt ein Exemplar 1,50 Mt. Es sollte also auch aufmerksam gelesen werden, damit die aufgewendeten Kosten sich rechtfertigen. Die „Gewerkschaft“ hat über den Kreis des Verbandes hinaus Anerkennung gefunden.

Am Dienstag gibt Ruppert den Kassenbericht. Ende 1921 verfügten wir über 25 Millionen Mark Vermögen. Jetzt muß infolge der Geldentwertung für stärkere Auffüllung der Kasse gesorgt werden.

Ueber die Reichsaktion „Gesundheitswesen“ referiert Paul Schulz. Wir berichten darüber in Nr. 36 der „Sanitätswarte“. Das letzte Referat zum Geschäftsbericht gibt Stetter über die Reichsaktion der Staatsarbeiter und der Beamten. Diese Aktion ist erst im Laufe der letzten Geschäftsperiode gebildet worden. Sie hat sich gut entwickelt mit etwa 50 000 Mitgliedern, darunter etwa 6000 Beamten. Durch die Gründung des „Allg. Deutschen Beamtenbundes“ in Leipzig ist eine völlig neue Situation entstanden. Es muß jetzt unsere Aufgabe sein, alle aus den Arbeiterverhältnissen hervorgegangenen Beamten für den Verband zu gewinnen.

Nach dem Ausschußbericht, den Kollege Chr. Lang-Stuttgart gibt, setzt endlich die Generaldiskussion ein, wobei die Beschränkung der Redezeit auf 25 Minuten mit großer Mehrheit beschlossen wird, was wiederum zum Verzicht der vorgemerkten Redner Lagodzinski und Prenzlau und zum ersten unangenehmen Zwischenfall führt. Ein Antrag, für die drei Richtungen je einen Redner mit einstündiger Redezeit zu bestimmen, wird abgelehnt und dafür beschlossen, einem Berliner Kollegen zur Rechtfertigung des Berliner Streiks unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Eine namentliche Abstimmung zur Wiedereinführung unbeschränkter Redezeit für alle wird mit 144 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

Der dritte Verhandlungstag begann mit einer Erklärung Buchelts namens sämtlicher Gauleiter, worin gegen einen unterstellenden und irreführenden Artikel, der in der kommunistischen Presse die Runde machte, Stellung genommen wurde.

Alsdann spricht Lagodzinski wohl über 2 Stunden zum Berliner Streik, um die Haltung der Ortsverwaltung usw. zu rechtfertigen. In der weiteren Debatte zum Geschäftsbericht treten fast alle übrigen Dinge gegenüber dem Berliner Streik in den Hintergrund. Schneider, Frankfurt a. M. hängt einen Artikel der „Straßen- und Kleinbahnerzeitung“ niedriger, er verweist auch gegenüber dem Antrag Frankfurt a. d. O. (der gegen einen Artikel in Nr. 30 der „Gewerkschaft“ Stellung nimmt) darauf, daß unser Verbandsorgan so redigiert wurde, daß wir mit berechtigtem Stolz darauf zurückblicken könnten. Kollegin Sachs-Hamburg weiß in trefflicher Rede das lebhafteste Interesse des gesamten Verbandstages hervorzurufen, indem sie die Frage der obligatorischen Ausbildung des Pflegepersonals sowie des Achtstundentages in den Vordergrund rückt. Erneut rollt Meißner-Hannover den Berliner Streik wieder auf. Berlin habe die Führung in der Lohnfrage verloren. Die Finanzierung des Berliner Streiks sei schon der Konsequenzen halber unmöglich. In der Nachmittags Sitzung geht Hoffmann-Berlin zunächst auf den Hauptkassenbericht näher ein. Er erklärt dann u. a., daß sein Vorwurf zum Berliner Streik nicht den Verbandsvorstand treffe, sondern die Spitzenverbände und die anderen Gewerkschaften. Da der Antrag auf Niederschlagung der Unterstützungssumme von 1½ Millionen nicht möglich sei, müsse wenigstens der Antrag Hoffmann-Köln auf glatte Ablehnung des Defizits zurückgezogen werden.

Inzwischen wird eine Vorberatungskommission für die zahlreichen Anträge zum Geschäftsbericht eingesetzt.

Recht interessante Darlegungen machte auch der Kollege Geiler-Freitung. Er forderte für die Zukunft eine stärkere Zusammenfassung des Geschäftsberichtes überhaupt, womöglich durch einen oder zwei Redner des Verbandsvorstandes.

Auch uns erscheint dieser Vorschlag durchaus erzwungen. Mit unserer Presse könne man durchaus zufrieden sein. Abschluß des dritten Tages brachte eine ausführliche Rede Genossen Sabath (Vertreter des ADGB), der in sehr Weise gegen den Berliner Streik Stellung nahm, unter mehreren Unterbrechungen durch einen Teil der Delegierten.

Ihm antwortete ebenso ausführlich am nächsten Kollege Kamin-Berlin, der sich ferner auch gegen die Praktiken des Maschinen- und Heizerverbandes äußerte. Er verlas eine Erklärung der Berliner gegen die Führungen des Genossen Sabath, die wir im ausführlichen Bericht nachzulesen können.

Dann wird endlich Schluß der Debatte herbeigeführt. Nach den kurzen Schlußworten des Ausschußvorsitzenden Lang und des Kassierers Ruppert erklärte Kollege Dittmer, daß in Zukunft die Totenliste sowie die Abrechnung nicht mehr in der „Gewerkschaft“ abgedruckt werden. Bedenken hiergegen vom Verbandstag nicht erhoben worden sind. Ob die „Sanitätswarte“ durch vierzehntägige Erneuerung den Fachcharakter stärker in den Vordergrund stellen möge eventuell die Reichskonferenz im „Gesundheitswesen“ mit zur Entscheidung bringen. Ebenso soll die Ausgabe der „Gewerkschaft“ beibehalten werden. Dem Wunsch der Unterhaltungsstoffe im guten Sinne werde in beiden Jahren auch weiterhin Rechnung getragen werden.

In den Schlußworten der Kollegen Stetter, Schmidt und Münner spielte noch einmal der Berliner Streik eine große Rolle, wobei insbesondere die Darlegung des Kollegen Schulz zu lebhaften Unterbrechungen führte.

Damit konnte endlich die große Zahl der Anträge zum Geschäftsbericht zur Abstimmung gebracht werden. Der Antrag der Berliner, ihren Streik aus Mitteln der Kasse zu finanzieren, wurde zurückgezogen, ebenso der Antrag Hoffmann-Köln über die strikte Ablehnung jeglicher Unterstützung. Aus der Fülle von Anträgen seien die gegen Technische Nothilfe, gegen Bücher, Feuerung und Gas sowie zur Verbesserung des Betriebsrätegesetzes erwähnt. Der Antrag, den Reichsmanteltarif zu kündigen, gegen wenige Stimmen abgelehnt, doch soll bei Abschluß auf Einschränkung der Schiedsstellen hingewirkt werden. Mit 122 gegen 78 Stimmen wird der Antrag Frankfurt-Ober angenommen, welcher sich gegen den Artikel Nr. 30 der „Gewerkschaft“ wendet. An Rechtsrecht und Achtstundentag für das Krankenpflegepersonal nicht gerüttelt werden. Erneut ist die Aufhebung der Staatsarbeiter zu fordern. Auszahlungen und Gehälter der Staatsarbeiterlöhne sollen möglichst sofort ausbezahlt werden. Die Auslegung zwecks Einführung der Diebstahlbereitschaft ist zu bekämpfen. Die neugeschaffene amtenorganisation wird freudig begrüßt.

Weitere Anträge werden dem Vorstand überwiesen, unter auch diejenigen über die Presse (z. B. Stetter einer Frauenecke) sowie die Abhaltung einer Reichskonferenz für das Pflegepersonal in diesem Jahr.

Wenn wir den Eindruck über die vier ersten Verhandlungstage zusammenfassend wiedergeben sollen, so läßt sich dazu sagen, daß der Richtungsstreik (im Gegensatz zum Nürnberger Verbandstag) trotz des vielfachen Vorkommens einzelner keine entscheidende oder auch nur von Bedeutung mehr gewinnen konnte. Der Gesundheitswesen innerhalb der deutschen Arbeiterschaft zeigte sich auch unserem Magdeburger Verbandstag. Daran vermochten die wiederholten „Fraktionsitzungen“ nichts zu ändern. Es wäre freilich, wenn nur noch die wirtschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Gründe entscheiden und die parteipolitischen Empfindungsbetrachtungen in den Hintergrund treten.

Der Berliner Streik ist in Magdeburg allzu eingehend behandelt worden, wahrlich nicht zum Vorteil unserer Kollegen. Hätten nicht die Darlegungen des Kollegen Geiler am Abend des dritten Tages die Berliner Angelegenheit weniger getrübt, so wäre das Bild des Verbandstages weniger getrübt. Bei alledem muß anerkannt werden,

...sachliche Arbeit geleistet worden ist auf allen Seiten... das wohl jeder von den Magdeburger Verhandlungen...

Magdeburg, 26. August 1922.

Bericht über die drei letzten Verhandlungstage... Statutenberatungskommission P. Schulz...

des Vorstandes wird abgelehnt. Unbesoldete Beisitzer des Vorstandes (nach heftiger Debatte) werden auf Verbandsstag...

Wahl der Vorstandsmitglieder und des Redakteurs erfolgt mit allen gegen 20-40 Stimmen. Andere Vorschläge liegen nicht vor.

Unbesoldete Mitglieder des Verbandsvorstandes nach Vorschlag der Berliner Delegation: Bock, Eiß, Hepprich, Moldmann, Krüger, Kamin (einstimmig gewählt).

Ausgangsmitglieder: Ehr. Lang, Noß, Schmoll, Hahn, Roth, Saumerl, Döhningcr.

Nächster Verbandstag findet in Frankfurt a. M. statt.

Schritte der Gewerkschaften gegen die ungeheuer wachsende Teuerung.

Die Forderung der Reparationsansprüche der Entente ist der Sturz... und das Steigen der Lebensmittelpreise in der vergangene...

unverbindlichen Verhandlungen nach Berlin zu schiden. Diese haben schließlich zu dem deutschen Vorschläge geführt, der Entente unmittelbar, privatrechtliche Lieferungsverträge auf Kohle und Holz anzubieten.

Deutschland heute auf Einfuhr noch vielmehr angewiesen als vor dem... Demals schon reichte die Inlandsproduktion von Fleisch,...

Wie wenig diesen Leuten an Volk und Vaterland liegt, das zeigt der wahnsinnige Preisaufstieg der letzten Woche, der sich durch den Marksturzt allein keineswegs rechtfertigt.

Das ist heute auch im Ausland, daß der Bankrott Deutschlands... den Bankrott Europas bedeutet, weil von der deutschen Volkswirtschaft die europäische Volkswirtschaft abhängig ist.

Daß die Gewerkschaften diesen Dingen nicht tatenlos zusehen konnten, ist selbstverständlich. Es handelt sich heute nicht mehr darum, wieviel Lohn muß mehr gefordert werden, um einen Ausgleich zu schaffen, sondern wie ist der ganzen Misere zu Leibe zu gehen, einer Misere, die neben ungeheurer Teuerung ungeheure Arbeitslosigkeit mit allem kaum absehbaren Elend bringt.

Der Beweis dafür ist, daß mit dem Fallen der deutschen Mark... nur ein noch stärkeres Hinabrutschen der polnischen Mark und österreichischen Krone einbergeht, sondern dem Marksturzt das...

„Dollarkund heute 1870. Deutsche Mark fast auf Null. Bedeutend wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands, also beginnendes wirtschaftliches Chaos. Folgen für alle Industrieländer unabsehbar. Für England erneute Steigerung der Arbeitslosigkeit. 60 Millionen deutscher Käufer verschwinden vom Weltmarkt. Noch Rettung möglich, aber sofort einzuleiten. Sie hängen hauptsächlich von euren Maßnahmen ab.“

Daraufhin sind Jimmen vom IWB. und Tom Shaw von der Zweiten Internationale in London zu Verhandlungen in Berlin eingetroffen. Des ferneren sind die Vorstände des IWB., des Afrikanischen Bundes, des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Reichs-Dückerischen Gewerkschaftsrings in Verhandlungen mit der Reichsregierung getreten.

I. Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.

1. Einschränkung der Einfuhr auf das geringstmögliche Maß, insbesondere Unterbindung der Einfuhr von Luxusartikeln durch Einfuhrverbot oder schärfere Anspannung der Einfuhrzölle.

2. Erhöhung der Ausfuhrabgaben. Bei längerer Dauer des gegenwärtigen Zustandes, Nachprüfung aller Tarifpostitionen auf die Möglichkeit einer besonderen Heraushebung über die allgemeinen Tarifsätze.

wünschen eine besondere Nachprüfung, um eine weitere Erhöhung der Ausfuhrabgaben für besonders tragfähige Positionen durchzuführen.

3. Kontrolle des Devisenhandels mit dem Ziele, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie lediglich für den Handelsverkehr mit dem Ausland braucht. Verbot der Devisenspekulation und Beschlagnahme aller darin erzielten Umsätze.

4. Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen zur Auslegung einer inneren Goldanleihe unter Heranziehung der Sachverhalte zur Deckung einer solchen.

5. In Verbindung damit Vorbereitungen für eine Fixierung der deutschen Währung.

6. Raschere Eingliederung der Einkommensteuer. Die hier vorgebrachten Vorschläge der Gewerkschaften scheinen durch die letzten Regierungsmassnahmen bereits verwirklicht. Einer weiteren Anregung, die Umsatzsteuer nach dem Gesichtspunkte des allgemeinen Verbrauchs und des Luxusverbrauchs zu fassen, stehen erhebliche technische Schwierigkeiten entgegen.

7. Um der Kreditnot zu wehren, unter der die Landwirtschaft und sogar die landwirtschaftlichen Großbetriebe leiden, regten die Gewerkschaften Kreditmassnahmen an, nicht auf Kosten, aber doch unter Garantie der Reichsregierung, um der Landwirtschaft die nötigen Gelder zur Durchführung einer intensiven Wirtschaft im Kreditwege zur Verfügung zu stellen. Bleiblich könnten dazu der Kreditfonds der Landwirtschaftsämter oder ähnliche Gelder Verwendung finden.

II. Innerpolitische und wirtschaftliche Maßnahmen.

1. Maßnahmen zur hinreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Schärfe Überwachung des Viehhandels und Fleischexports. Dabei wurde auch angeregt, endlich mit dem Brauch zu brechen, daß die Provisionen der Viehhändler nach dem Preis berechnet werden, wodurch die Viehhändler unmittelbar an der Preissteigerung interessiert werden.

2. Verbot der Herstellung von Teufelbannweizen, eventuell Verbot der Verwendung von Kartoffeln, Getreide, Mais, Reis und sonstigen zur menschlichen Ernährung geeigneten Produkten zur Herstellung von Branntwein. Hierbei wurde auch ein vollständiges Alkoholverbot in Anregung gebracht.

3. Einschränkung der Bierbrauerei. Verbot der Herstellung von Bier mit mehr als 8 Proz. Stammwürze. Strengstes Verbot der Verwendung von Zuckerräben zur Bierbrauerei.

4. Wiedereinführung der öffentlichen Bewirtschaftung des Zuckers. Verbot der Verwendung von Zucker zur Herstellung von Konfitüren, Elixiren, Schnaps, Schaum- und Obstweinen. Einschränkung des Zuckerverbrauchs bei der Herstellung von sonstigen Luxusartikeln und Badwaren. Begrenzung der Herstellung von Kumpeln, Marmelade und Obstkonerven nach Menge und Zuckergehalt. Beibehaltung des Ausfuhrverbots für Erzeugnisse dieser Art.

5. Verschärfung der Bestimmungen, die die Erfassung der Milch und der Milchprodukte lediglich für die Zwecke der Volksernährung sichern. Da die waghalsige Preissteigerung der Milch ständig auf den Butterpreis zurückzuführen ist, wurde auch ein gänzliches Verbot der Butterherstellung für den Handel zur Erwägung gegeben. Butter ist für die große Masse der Verbraucher sowieso ein unerwünschter Luxusartikel geworden und kann auch von den Bewirtschaftern durch Margarine ersetzt werden. Die Ueberflüsse der Milch könnten dann zu einem Stoffernährungsmitel wie Käse verarbeitet werden.

6. Stärkere Ausmahlung des Brotgetreides.

7. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen. Befragung derjenigen Seefischerunternehmungen, die mehr als einen noch sechszehnjährigen Teilbetrag ihres Fanges an ausländischen Märkten absetzen, gegebenenfalls durch Beschlagnahme der Fahrzeuge.

8. Maßnahmen gegen den unmäßigen Aufwand in Gast- und Speisewirtschaften, insbesondere Wiedereinführung der Bestimmung, daß nur zwei Fleischgerichte zur Auswahl stehen und nur ein solches verabreicht werden darf. Crudele Anweisung an die Kommunalbehörden, die Luxusvergünstigungen, Dienen, Bars, Kabarets und gewisse Konzertcafés in schärfer Weise bis zur Prohibition zu beschränken.

9. Durchgreifende Maßnahmen auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens, insbesondere nach der Richtung gemeinwirtschaftlicher Regelung der Baukostenwirtschaft.

10. Verschärfung der Strafbestimmung gegen den Wucher, insbesondere gegen die Zurückhaltung von Waren in gewinnthätiger Absicht. Angeregt wurde die Gewährung von Prämien oder Belohnungen für die Anzeige solcher Lager und die Herausziehung von Warenbeständen, Verbrauchern, zu den Wuchergewichten.

11. Für die Arbeitlosen, die Sozialrentner, die verarmten Kleinrentner, die rentenlosen Erwerbsunfähigen und Empfänger von Armenunterstützung sollen Reich, Länder und Gemeinden besondere Einrichtungen treffen. Gedacht ist etwa an Zeife- und Wärmekastlen.

Die Regierung hat zu diesen Vorschlägen bald Stellung genommen und diese bereits teilweise akzeptiert. Beim Schreiben dieser Zeilen sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. G. R.

Der Gewerkschaftler und seine Lebensgefährtin.

Nachfolgende Zeilen sollen nicht den gewerkschaftlich organisierten Frauen gelten, sondern den männlichen Kollegen und deren Lebensgefährtinnen. Den Hauptanstoß zu dieser Arbeit gab die seit Jahren beobachtete starke Fluktuation innerhalb des Funktionärkörpers der Gewerkschaftsbewegung. Gewiß wird ein Wechsel in den Reihen der Gewerkschaften sich nicht vermeiden lassen — es wäre sogar eine gesunde Sache für das gesamte Organisationsleben, wenn nicht frisches Blut in die Bewegung hineindränge. Was uns jedoch zu denken geben muß, ist die Tatsache, daß wir aus dem Funktionärstabe Kräfte von hervorragender Begabung und umfassender Intelligenz frühzeitig verlieren, mitunter eine ausreichende Erklärung für den Verlust zu häufig genügt wird dann von dritter Seite die Frage gestellt, die Mitteilung, daß die Frau die Ursache des Rücktritts sei.

Damit sei keineswegs etwas Böses gegen die unterliegenden Kollegen gesagt. Denn Mann und Frau sind in den verschiedensten Fällen mit gleichem geistigen Horizont in die Bewegung getreten. Beiden hat nur eine kümmerliche Volksschule ein dürftiges Wissen mitgegeben. Nun, nachdem der Lebensbund geschlossen ist, die Frau mehr oder minder an das Haus gefesselt, es stellen Kinder ein, die Mühen und Sorgen des Alltags und das Fehlen neuer äußerer Eindrücke bewirkt, daß der geistige Horizont der Frau und Mutter dort stehen bleibt, wo er bei Begründung des Ehebundes stand.

Umgekehrt liegen die Verhältnisse beim Manne. Er steht im Produktionsprozeß. In den Jahren, wo er sich einen eigenen Hausstand gründet, fängt er erst an, die Welt mit ganz anderen Augen anzusehen als bisher. Vorbei sind die Zeiten der Enghürungen und Tändeleien, es gilt den Hausstand zu mehren, die wachsende Familie zu kleiden und zu ernähren. Der Mann reicht nur für die allernotwendigsten Bedürfnisse aus. Die dauernde Berührung mit seinen unter dem gleichen Obelast liegenden Klassenossen zwingt ihn zum Nachdenken, gegenseitiger Gedankenaustausch ist ihm möglich, dieser erweitert ihm sein geistiges Bewußtsein. Hingru kommt seine auf nur bestimmte Zeitdauer beschränkte Arbeitszeit, die es ihm ermöglicht, durch Vorträge und Kurse sein Wissen zu bereichern.

So entsteht allmählich, unbewußt und ungewollt, eine geistige Kluft zwischen den Lebensgefährtinnen, die mehr, als wir glauben wollen, der proletarischen Bewegung zum Nachteil ist. Die Frauen fühlen, daß ihr Mann anders geworden ist als früher. Er kommt nicht mehr in der Stimmung heim wie in den ersten Jahren der Ehe. Sorgen, die weit ab von denen der Frauen liegen, bestimmen seine Gemütsverfassung. Ärger im Betrieb, der Organisation, Unzufriedenheit mit bestehenden Zuständen, Befehlen und was sonst noch alles sein mag, was weiß die Frau davon. Und wie schnell ist das Wort gesprochen: "Davon verstehst du nichts." Das verbreitert natürlich die Kluft noch mehr, die Frau wird schüchtern, fragt nicht mehr — aber die Kluft wird breiter und der Stolz bleibt. Die Frau grübelt über die Ursachen nach und die sieht sie nur in der Betätigung des Mannes mit Dinge, die er früher nicht ausübte. Das sind dann vor allem die Funktionen in der Arbeiterbewegung. Die Frau läßt, um ihr schmerzhaft verlorenes Lebensglück zurückzugewinnen, nun alle Nerven spannen, teils mit, teils ohne Erfolg. Soweit wie in diesem Falle von Erfolg überhaupt die Rede sein kann, denn selten wird beiden Teilnehmern helfen sein. Doch für die moderne Gewerkschaftsbewegung ist ein Problem aufgerollt, mit dem sie sich beschäftigen muß, und sind Möglichkeiten gegeben, Auswege zu schaffen.

Durch Unterhaltung und Belehrung der Frauen unserer Reihen müssen wir versuchen, die geistig zurückgebliebenen Lebensgefährtinnen der Gewerkschaftler mehr mit den Gedanken der modernen Arbeiterbewegung vertraut zu machen. Hier ist planmäßige Arbeit in Zukunft getrieben werden. Belehrende Bildervorträge und dergleichen mehr könnten wir heute noch in verhältnismäßig geringen Opfern den Familien unserer Kollegen bieten. Wenn es gelingt, auf irgendeinem Wege die Frauen den Kollegen den Gedankengängen ihrer Männer näherzubringen, haben wir der Arbeiterbewegung einen unschätzbaren Dienst erwiesen, und den Familien selbst bliebe manch bittere Enttäuschung erspart.

Der gewerkschaftlich geschulte und opferbereite Mann auf einer Seite und die mit ihm schreitende Lebensgefährtin, der Erziehung der Jugend obliegt, sie sind uns vonnöten zur Lösung der großen uns gestellten Aufgaben. D. Wein

er neunte...  
Efter Verhan...  
Verbandsvorsitz...  
Ansprache...  
Kollegen...  
Druck aufer...  
durch die R...  
waren die...  
sie erlebten, o...  
Kriegsjahre si...  
die Nacht...  
weitergehen...  
Unabgtheit...  
hat geglat...  
erreichen föm...  
kann legen...  
beginnt eine...  
kann der...  
niemals, w...  
so gehen, wie...  
doh wir i...  
nicht der S...  
mit dem F...  
find oftmehr...  
mir es sein n...  
haben, weil...  
bejenigen fi...  
Man man mi...  
ersehen ist, ir...  
arbeiten al...  
wubringen...  
wären auch f...  
muß, dann...  
sich k...  
unter de...  
nichts an...  
Berte diefer...  
in Julunit...  
ist, dann...  
man zu un...  
da die Bi...  
immer wieder...  
beschle Arbeit...  
verhältnisse...  
Arbeiter...  
gehört. Ich...  
vor allem zu...  
welche Mißfi...  
darf darau...  
anwesend...  
Stektret...  
darum. Es...  
Retterdar...  
dam. Weite...  
erband, zu...  
Kollege Nor...  
widerbererb...  
ferner sind...  
Boed und...  
Pomer sind...  
Vorstehender...  
gestellten und...  
Papenrot...  
den Genossen...  
wahrnehmener...  
Die Stadtoru...  
Stadtratsrat O...  
die Stadt...  
Stektret...  
Gunt...  
male ist vert...  
Druckaufsch...  
Albert Stei...  
Van Hirt...  
gen Lebens für...  
anwesend all...  
tand. Aber...  
Verband...  
mit den W...  
bauert noch...  
wären, aber...  
den Kampf...  
die bestje...  
international...  
die bestje Wirt

# Der neunte Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Magdeburg.

I.  
Erster Verhandlungstag, Montag, den 20. August 1922.

Verbandsvorsitzender Müntner eröffnet den Verbandstag mit seiner Ansprache: Hochverehrte Freunde und Gäste! Werte Kollegen und Kollegen! Unser diesmaliger Verbandstag steht unter dem Druck außerordentlich harter Depressionen, die hervorgerufen sind durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Waren die Zeiten während des Krieges, ganz gleich, wo sie verlebten, ob innen oder draußen. Aber schlimmer noch als Kriegsjahre sind die Jahre, die wir jetzt als Friedenszeit bezeichnen, die Nachkriegsjahre. Das bekannte Wort: „So kann es weitergehen“ sprechen wir täglich aus und täglich erweist sich die Unmöglichkeit: es kann tatsächlich immer noch so weitergehen. Man hat geglaubt, daß wir bei unserer Sturze eine derartige Höhe erreichen könnten, wie wir sie zurzeit erreicht haben, und nicht dann sagen: jetzt sind wir endlich am Grunde angelangt, jetzt beginnt eine gewisse Stabilisierung unserer Verhältnisse, jetzt kann der sogenannte Wiederaufbau beginnen. Es geht nicht, niemals, wie es gestern ging, und es wird morgen nicht so gehen, wie es heute geht. Wenn wir bis jetzt konstatieren können, daß wir immer noch im Abgleiten begriffen sind, so darf nicht der Schluss gezogen werden, daß wir nun diesen Erdrutsch mit dem Fatalismus des Moslems gegenüberzutreten hätten. Wir sind vielmehr Optimisten aus Prinzip. Wir sind Optimisten, weil wir es sein müssen, weil wir für uns und unsere Kinder zu tun haben, weil wir auf Grund der Lehren unserer großen Vorfahren diejenigen sind, die die jetzige Gesellschaft abzulösen haben.

Wenn man mit Grauen feststellen muß, daß der deutsche Arbeiter in den nächsten, dreißig, vierzig oder fünfzig Jahren zu arbeiten als die Arbeiter der übrigen Länder, mehr Mehrarbeit zu bringen, weil er nicht nur seinen Kapitalismus sättigen muß, auch für das internationale Kapital seinen Tribut aufbringen muß, dann kommt man zu der Ueberzeugung, daß man das Leben zu sich selbst im höchsten Maße festigen muß. Alles das, was unter der Firma: Reparation, Retorsion usw. aufgelegt ist, ist nichts anderes als Mehrwert aus geleisteter Arbeit. Alle Werte dieser Welt sind immer nur entstanden und werden in Zukunft nur entstehen aus geleisteter Arbeit. Wenn dem so ist, dann kommen wir zu der Ueberzeugung, daß wir das Leben zu uns selbst immer mehr festigen müssen. Wir machen uns da die Beobachtung, daß es auch unter uns Leute gibt, immer wieder zweifelnd die Schicksalsfrage stellen: Wird sich die deutsche Arbeiterkraft unter diesen so besonders ungünstigen Verhältnissen behaupten können? Ich behaupte: ja, die deutsche Arbeiterkraft wird sich in der Welt den Platz erobern, der gebührt. Ich habe das Vertrauen zur deutschen Arbeiterkraft vor allem zu unserer Kollegenschaft, daß sie voll und ganz bereit, welche Mission sie zu erfüllen hat.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß als Vertreter aus dem Ausland anwesend ist unser alter Freund und Kollege, der Internationale Sekretär der Arbeiter öffentlicher Betriebe van Hinte. Es sind ferner anwesend aus Holland die Kollegen Metzgerdam und Snijders vom Verbandsvorstand in Rotterdam. Weiter Kollege Thomsen vom dänischen Kommunal-Verbandsrat, zwei Kollegen aus Paris, Morel und Videau, Kollege Nordgren aus Stockholm. Der schweizerische Gewerkschaftsverband ist vertreten durch den Kollegen Meister. Ferner wird anwesend zwei Kollegen vom belgischen Verband, Boeck und Suglaert-Brüssel.

Ferner sind vertreten der Deutsche Eisenbahnerverband durch den Vorsitzenden Franz Scheffel, der Bund der Technischen Angestellten und Beamten durch die Kollegen Duenzel-Berlin und Papenroth-Magdeburg, der Zentralverband der Angestellten durch den Genossen Otto Hauscherr-Berlin, der Verband deutscher Betriebsräte durch seinen Vorsitzenden Reumann-Berlin. Die Stadtverwaltung Magdeburg hat als Gäste die Herren Stadtrat Goldschmidt und Stadtrat Gorgas entsandt. Die Stadtverordnetenversammlung die Herren Bauer, Gunkel und Kleeblatt. — Die Reichsbetriebsräte sind vertreten durch den Genossen Paul Labbert-Berlin, der Ortsausschuß des ADGB durch die Genossen August Flügel und Albert Steinte-Magdeburg.

Van Hinte: Ich danke im Namen aller ausländischer Kollegen bestens für die Einladung zu Ihrem Verbandstag. Es sind anwesend alle der Federation angeschlossenen Verbände außer Belgien. Aber auch der Vertreter Englands hat mich beauftragt, dem Verbandstag die besten Grüße zu überbringen. (Bravo.) Der Kampf mit den Wägen ist seit 1913 zu Ende, aber der wirtschaftliche Kampf dauert noch weiter. Die Arbeiterkraft hat einander wieder gefunden, aber es sind die Besitzer der Produktionsmittel, die jetzt den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete fortsetzen, worunter auch die deutschen Arbeiter sowie die Arbeiter des Auslandes schwer leiden. Es lange der Versailler Friedensvertrag, über den so viel internationalen Konferenzen geredet wird, bestehen bleibt, kann die deutsche Wirtschaft nicht in Ordnung kommen. Erst dann, wenn

das Deutsche Reich mehr an der internationalen Wirtschaft partizipiert, können wir mit dem Wiederaufbau beginnen. Wir Holländer, Belgier, Schweizer, Skandinavier können nicht viel an den Verhältnissen ändern, aber es beruhigt uns, daß es in zwei großen Ländern, England und Deutschland, eine große Arbeiterbewegung gibt, deren Entwicklung uns optimistisch stimmt. Wir verfolgen mit Interesse den Kampf, den die deutschen Arbeiter mit der Reaktion führen. Ich bin überzeugt, daß die acht Millionen im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter mit der Reaktion fertig werden. Mit den Waffen des Geistes führen wir den Kampf, wenn es sein muß mit dem Generalstreik, wie Sie es beim Kapp-Putsch verstanden haben, und auch bei dem Mord Walter Rathenaus haben Sie gezeigt, daß Sie es nicht dulden, daß die demokratische Republik wieder in die Hände von Monarchisten kommt.

Müntner: Ich habe noch verossen zu erwähnen, daß der ADGB beschlossen hat, seinen Vorsitzenden, den Genossen Leipart, hierher zu delegieren. Leipart ist leider verhindert, da er ins Ausland gehen mußte. An seiner Stelle wird morgen Genosse Sabath einreisen. Dann habe ich noch als Gast zu begrüßen unseren langjährigen Kassierer, den Kollegen Ahmann, der heute befohler Stadtrat in Berlin-Steglitz ist — Kollege Hedemann, der ja auch aus unseren direkten Diensten geschieden ist, ist als Vertreter des Verbandsvorstandes hier.

Steinte (Ortsausschuß des ADGB) bringt die Grüße der Magdeburger freien Gewerkschaften und Stadtrat Goldschmidt die Grüße des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung.

Scheffel: Wenn ich hier als Vertreter der Eisenbahner erscheine, dann ist das mehr als nur ein Akt der Höflichkeit. Wenn wir uns nähergekommen sind, so ist das in der Erkenntnis geschehen, daß die Organisationen der öffentlichen Betriebe, der Gemeinden, des Reichs und der Staatsbetriebe gemeinsame Lebensinteressen zu verstehen haben. Die Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse für das Personal der Reichs- und Staatsbetriebe geschieht heute durchaus zentral. Die stark belasteten und überschuldeten Gemeindebetriebe geraten in immer größere Abhängigkeit zum Reich. Schon aus diesem Grunde ist es notwendig, daß wir uns bei der Regelung der Lohn- und Besoldungsverhältnisse in der tatkräftigsten und kollegialsten Form unterstützen. Vor allem muß unser Bestreben darauf gerichtet sein, die Organisation der öffentlichen Betriebe stark und geschlossen zu erhalten. Es kann nicht angehen, bei uns nicht und bei Ihnen auch nicht, daß sich in das Personal Tugende von Organisationen teilen. Wenn wir die Stolz- und Traqkraft der Organisation stärken wollen, was in Zukunft unbedingt erforderlich ist, müssen wir für die einheitliche Organisation in erster Linie Sorge tragen. Ich weiß, daß in Ihren Kreisen das Bestreben vorhanden ist, möglichst schnell ein noch engeres Verhältnis zwischen den beiden großen Organisationen der öffentlichen Betriebe herbeizuführen. Der Gedanke ist durchaus zu verstehen. Es ist aber notwendig, vorher die Streitfrage zu lösen, wie ist die Resolution des Gewerkschaftstongresses in Leipzig auszulegen. Sie spricht einmal von der Schaffung einer Industrieorganisation für die Verkehrsbetriebe und zum andern von der Errichtung einer solchen einheitlichen Industrieorganisation für die öffentlichen Betriebe. Man mag das auslegen wie man will. Eine andere Organisation, mit der wir auch im Freundschaftsverhältnis leben, der Deutsche Transportarbeiterverband, wird selbstverständlich den Leipziger Beschluß anders auslegen. Wir werden uns über diese schwerwiegenden Fragen in kollegialster Weise verständigen müssen. Was dann wird, müssen wir der Zeit überlassen. Erfordern die Verhältnisse Schaffung eines engeren Verhältnisses in bindender Form, gut, dann wird es geschehen müssen.

Hierauf halten Papenroth (Bund der technischen Angestellten und Beamten), Hauscherr-Berlin (Zentralverband der Angestellten) und Reumann (Verband der Berufsfeuerwehrmänner) im Auftrage ihrer Organisationen Begrüßungsreden.

Händler: Im Namen der jüngsten Spitzenorganisation der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die sich am 18. Juni d. J. gebildet hat, nämlich des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, habe ich Ihnen die Grüße der freigewerkschaftlich und sozial gesinnten Kreise der deutschen Beamenschaft zu überbringen. Auch Ihr Verband hat lebhaften Anteil an der Gründung dieser neuen Organisation. Es wird noch harter Arbeit bedürfen, um in die Kreise der Beamenschaft unsere Gedanken hineinzutragen. Aber durch das entschiedene und mannhafte Wirken, das wir bei unserer Gewerkschaftsarbeit gewöhnt sind, wird es uns gelingen, diejenigen Kreise der Beamenschaft zu gemeinsamer Arbeit mit der Angestellten- und Arbeiterkraft zusammenzuführen, die gewillt sind, nicht Klassenagenden in dem Sinne zu schaffen, wie das jene Teile des Beamtenbundes wollen, indem sie die Beamten als Kaste von der übrigen Arbeitnehmerschaft abzutrennen versuchen. Auch die Beamten werden sich in erster Linie als Arbeitnehmer und Verbraucher zu fühlen haben. Der gemeinsamen Arbeit wird es gelingen, daß in Zukunft alle sozial gerichteten Teile der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in einer Einheitsfront marschieren.

Labbert-Berlin überbringt die Grüße der Reichsbetriebsräte zentral.

Müntner: Wir kommen nunmehr zur Konstituierung des Verbandstages und zur Wahl einer Geschäftsleitung. Es ist zunächst notwendig, daß wir eine Geschäftsleitung wählen.

Schneider: Frankfurt a. M. empfiehlt, als Vorsitzende Müntner und Fahrig-Magdeburg mit gleichen Rechten zu berufen.

Kroll-Jena: Wir schlagen vor, das Bureau aus drei Vorsitzenden zusammenzusetzen. Wir legen Wert darauf, daß auch in dem Bureau ein Kollege aus unserer politischen Organisation ist. Ich schlage Ihnen deswegen den Kollegen Gnadt-Berlin vor.

Schneider-Frankfurt a. M. wendet sich gegen Kroll und er sucht, dessen Vorschlag abzulehnen.

In der Abstimmung wird der Antrag Kroll abgelehnt. Der Antrag Schneider wird mit großer Mehrheit angenommen.

Als Schriftführer und Beisitzer werden Anton Münch-Essen, Detmer-Berlin, Pauder-Hamburg, Diehm-München, Winnig-Frankfurt a. d. O., Hoffmann-Köln gewählt; in die Mandatprüfungscommission werden Kroll-Jena, Sorgenfrei-Hamburg, Lenz-Berlin, Frau Siegel-Leipzig, Prophet-Frankfurt, Orlopp-Essen, Braß-Hof i. B. gewählt.

Müntner: Sie werden alle unseren Kollegen Otto Becker vernimmt haben. Kollege Becker liegt seit Wochen im Krankenhaus an einem Nerven- und Rheumatismuseiden, hofft aber bald wiederhergestellt zu sein. Ich glaube im Namen aller Kollegen, mindestens derjenigen, die ihn persönlich kennen, den Wunsch auszusprechen zu dürfen, daß wir ihn bald in voller Gesundheit wiedersehen mögen.

Fahrig: Wir kommen nunmehr zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Geschäftsbericht.

Müntner: Wir haben im Konzern der deutschen Gewerkschaften eine ganz bestimmte, genau umschriebene Stellung eingenommen, die wir heute nicht nur behauptet, sondern sogar erheblich verbessert haben. Wir haben auch in unserer Organisation innere Zwistigkeiten und Kämpfe gehabt. Es ist natürlich, daß unsere Organisation für ganz bestimmte Bestrebungen ein günstiges Betätigungsfeld bot. Ich kann feststellen, daß wir im allgemeinen bis jetzt noch nicht benötigt waren, gegen Kollegen das schwerste Geschick des Ausschlusses aufzufahren, und wir hoffen, daß wir auch in Zukunft ohne das auskommen werden. Müntner schildert dann die Spaltung der Filiale Halle a. d. S. durch die Hertel, Rolle und Konforten und legt noch einmal die bekannte Stellungnahme des Verbandes zur „Technischen Nothilfe“ dar. „Ich brauche auch über die Schlichtungsordnung wenig zu sagen. Wir haben sie in den verschiedensten Körperschaften, im Vorstand, im Ausschuß des DGB, im Reichswirtschaftsrat eingehend beraten und haben sie überall abgelehnt. Nicht etwa, daß das moderne Gewerkschaftsleben keine Schlichtungsordnung braucht. Aber es darf keine Schlichtungsordnung sein mit solchen Damenschrauben und Fallstrichen, wie dieser Referentenentwurf sie aufgewiesen hat. Nun, hatten wir verschiedene Dinge, die uns an unsere Lebensader gehen sollten. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Stilllegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, so gut sie vom Kabinett und vom Reichspräsidenten gemeint war, hat niemals unsere Zustimmung bekommen.

Wir haben mit den übrigen Gewerkschaften hier und da Auseinandersetzungen gehabt. Das läßt sich im Gewerkschaftsleben Deutschlands nicht vermeiden. Jede Organisation wacht darüber, daß auf ihrem Organisationsgebiet nicht von anderen Organisationen gejaagt wird. Die Organisation, mit der wir wohl am meisten Schwierigkeiten gehabt haben, ist der Verband der Maschinisten und Heizer. Das liegt nicht an der Bösartigkeit dieses Verbandes oder der dortigen Personen, sondern in dem Charakter des Verbandes selbst. Es gibt keinen modernen Betrieb, wo nicht Maschinen im Gebrauch sind und daher Maschinisten und Heizer tätig sind. Dieser Verband ist also fast überall in sämtlichen Lohnbewegungen Deutschlands beteiligt. Wir haben mit diesem Verbands einen Vertrag abgeschlossen, den wir unsererseits durchaus eingehalten haben. Aber eines möchte ich erwähnen, wenn Organisationen sich gegenseitig irgendwelche Gebiete streitig machen, so kann das m. E. immer nur mit zutreffender, unter gewerkschaftlich organisierten Arbeitern üblichen Methoden vor sich gehen.

Müntner geht hierauf auf die zahlreichen Lohnbewegungen und Streiks während der Geschäftsperiode ein, worüber in der „Gewerkschaft“ wiederholt ausgiebig berichtet wurde. — Wir haben uns entschlossen, ein Haus zu kaufen. Wir hatten schon früher ein solches gekauft, haben es aber wieder verkaufen müssen, weil wir nicht einzeln kaufen konnten. Wir haben in günstig gelegener Gegend Berlins ein Haus zugelegt für den Betrag von 4 1/2 Mill. Mk. Diese Summe spielt im Etat eine Rolle, aber Warten hätte bedeutet, daß wir nur wenige Monate später vielleicht die doppelte Summe dafür hätten ansetzen müssen. Wir haben wiederholt vor kritischen Momenten gestanden. Ich erinnere an den großen Streit in Sachsen. Wir sind Nachrichten zugegangen, daß einzelne treibende Faktoren auf der Arbeitgeberseite mit diesem großen Streit die Absicht hatten, den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband niederzukämpfen. Weil wir das wußten, haben wir damals sofort Ortsbeiträge ausgeschrieben, und ich glaube, daß diese Maßnahme des Verbandsvorstandes ganz erheblich dazu beigetragen hat, daß den Leuten auf der anderen Seite, die mit unserer finanziellen Verblutung gerechnet haben, das Opfer zu schwer wurde, was sie zu unserer

Niederbringung gebraucht hätten. Wir kamen daher in Sachsen einer verhältnismäßig haltigen Verständigung.

Ich glaube, wir sind die einzige Organisation von deutschen Gewerkschaften, die in ihrem Statut eine Bestimmung über den Uebertritt zu einer anderen Organisation zur Pflicht machen, wenn der Betreffende nicht mehr in den für unsere Organisation zuständigen Gebieten beschäftigt ist. Wir haben wiederholt Rundschreiben an große und kleine Filialen, an die Gewerkschaften die Notwendigkeit, diese Bestimmung mehr einzuhalten, hingewiesen. Ich muß dabei feststellen, daß wir in 148 Fällen an einer anderen Organisation beteiligt waren, mit mehr als 100 Personen. Das konnte nur dadurch geschehen, daß in diesen Fällen unser Statut nicht so beachtet worden ist, wie wir es verlangen. Die Kosten, die uns für diese Streits entstanden sind, haben sich auf rund 150 000 Mk. betragen. Das war 1920 immerhin noch eine Summe, die wir für unsere Zwecke besser hätten verwenden können. Ich bitte daher alle Funktionäre, mehr dafür zu sorgen, daß die Möglichkeit Kollegen, die aus unseren Betrieben ausscheiden, die zuständige Organisation überwiesen werden. Dann hätten wir einige größere Streits zu verzeichnen, über die auch in der „Gewerkschaft“ berichtet ist. Ich erinnere an den Streit in Bremen, ebenso wie den Kampf in Danzig, in Düsseldorf und den erwähnten großen Kampf in Sachsen, die Streits in Hanau, Potsdam und Hagenberg, wo einmal das Bernsteinwert, einmal die übrige kommunistische Arbeiterchaft im Streit stand. Während in der Vorriessung in Preußen vielleicht die billigste Provinz Deutschlands gewesen ist, es heute dort sehr teuer. Aber die ostpreussischen Städte und Gemeinden haben sich immer noch an die niedrigen Löhne gehalten, und auf dem Verhandlungswege war nicht weiterzukommen, so daß unsere dortige Gauleitung zur Arbeitseinstellung erziehen mußte.

Ich hätte nun noch zum Schluß auf den Streit von Danzig hinzuweisen. Die Geschichte des Berliner Streits ist in einer großen Anzahl von Artikeln der „Gewerkschaft“ niedergelegt, so daß ich mir ersparen kann, auf die Einzelheiten dieser Bewegung einzugehen. Die psychologische Vorbereitung des Streitsgebändens erfolgte einmal durch die besonderen kommunalpolitischen Verhältnisse. Die Kollegen dürften bekannt sein, daß das ebendamals so stolze Berlin das unter dem alten Reichstagswahlrecht seit ca. 25 Jahren eine sozialistische Mehrheit hatte, heute keine sozialistische Mehrheit hat, daß schon bei den letzten Kommunalwahlen unsere Kollegen gewissermaßen einen Teil ihrer Niederlage quittieren konnten. Wir haben in Berlin einen Magistrat, der eine sozialistische Mehrheit hat, und eine Stadtverordnetenversammlung, die eine bürgerliche Mehrheit hat. Daraus folgt natürlich, daß infolge des Kampfes die beiden Körperschaften miteinander zu führen haben, moralisch Fragen, die die Arbeiterschaft betreffen, in ihrer Entscheidung stets von der bürgerlichen Mehrheit hantangehalten werden, und andererseits der sozialistische Magistrat in seiner Mehrheit nicht Bewegungsfreiheit hat, die er haben würde, wenn keine bürgerliche Mehrheit vorhanden wäre. Müntner schildert dann hierauf Ursachen und den Verlauf des Berliner Gebrauchsstreits. (Siehe Nr. 6, 7, 8, 1922 „Gewerkschaft“.) Der unglückliche Verlauf der ganzen Bewegung hat zum Teil seinen Grund darin, daß die Belastungsprobe für unsere städtischen Arbeiter in Berlin außerordentlich war, zum anderen Teil in der Organisationsverflechtung, die behauptet: wenn wir in Berlin wie in den meisten anderen großen Städten und Bezirken die alleinige Organisation gewesen wären, dann wäre es in Berlin nicht zum Streit gekommen. Der Berliner Streit war bei seinem Beginn schon verloren, weil die Belastungen für diesen Streit fehlten. Die moralische Unterlegenheit die unsere Streits, wenn sie auch nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg haben sollen, haben müssen, fehlte von vornherein. Ein Streitobjekt, das den Streit rechtfertigte, nicht mehr vorhanden war, darum durfte der Streit nicht geführt werden. Die Leute von den Dingen etwas verstehen, haben den Verlauf der Bewegung genau vorausgesehen. Ich möchte Ihnen des Besonderen unserer Streits und Lohnbewegungen zur besonderen Beachtung unserer drei Jahresberichte empfehlen, und ich möchte darum auch suchen, daß bei der Besprechung der einzelnen Streits und der einzelnen Vorgänge die nötige Objektivität und Kollegialität angewandt wird. Dann werden meiner Ueberzeugung nach auch weitere Streits wichtige Lehren für unser ganzes Verbandsleben gewinnen.

In der Nachmittags-sitzung berichtet über die Tarifverträge R. Schulz: Wir sind auf dem Gebiete der Ausgestaltung des sozialen Arbeitsrechts die Pioniere geworden. Das war vor zwanzig Jahren forderten: Urlaub für Arbeiter, Krankentage, trotz allen Sträubens, das sich in den Gewerkschaften anderer Rufe bemerkbar machte, heute zum Teil Gemeingut geworden. Tariflich festgelegt. Die neueste Statistik des Reichsarbeitsrates die die Zahl der Tarife anführt, erwähnt u. a. auch, daß 11 1/2 Tarife gemährt wird in 7640 Betrieben für 336 945 Betriebe und 7833 672 Personen. Wir können mit Stolz und Freude behaupten hätten wir nicht vor zwanzig Jahren den Kampf mit den Gewerkschaften aufgenommen, um auch den Arbeitern auf dem Gebiete Rechte zu erobern, dann würde heute vielleicht auch in der Privatindustrie nichts in dieser Richtung getan sein. Wenn der Verbandsvorstand im Jahre 1919 die juristische Möglichkeit hätte, statt der Richtlinien einen Tarifvertrag zu vereinbaren, dann würde er sich keinen Augenblick beunruhigt haben, um in diesem Reichsarbeitsvertrag die Richtlinien als Recht für alle Gemeinden

Es war aber ein Arbeitgeberverband damals nicht vor-  
 handen. Wir sehen somit, wie oft wir uns in Widersprüche ver-  
 setzen. Wir wünschten, die andere Seite möchte sich nicht ver-  
 setzen. Es sollte keine Arbeitgeberorganisation bestehen, und hier  
 werden die Tatsachen, daß wir eigentlich den Wunsch hätten haben  
 wollen, daß schon 1919 eine Arbeitgeberorganisation bestand, mit der  
 die Richtlinien hätten tariffestlegen können. Ende 1919  
 wurden 147 Tarifverträge abgeschlossen für 93 256 Kollegen mit zirka  
 600 Organisationen. Dort waren im Höchstfalle für zirka 250 Ge-  
 meinden durch die Richtlinien im anhängenden Tarifverträgen die  
 Bestimmungen geregelt. Der früher viel geschmähte Reichstarif hat  
 bestimmt, daß 356 000 Beschäftigte in 453 Tarifverträgen  
 geregelt sind. Sie glauben hier und da örtlich oder bezirklich  
 sich etwas Besseres herauszuholen zu können ohne Rücksicht zu  
 nehmen auf all die Orte, die nicht gleichen Schritt mit uns halten  
 können, die wir mit schleppen müssen. Bileicht ist es eine Be-  
 dingung für die Tätigkeit des Verbandes, aber wir müssen darin  
 bestehen, daß wir die schwachen, die kleinen und mittleren  
 mit schleppen, daß sie mit Freude auf unsere Arbeit blicken  
 können. Wenn wir uns die Ausgestaltung der Rechte der  
 Arbeiter denken, der Reichs- und Staatsarbeiter und aller  
 Arbeiter denken, so möchte ich betonen: es soll  
 jeder Arbeiter in städtischen Betrieben durch Tarif-  
 verträge geschützt werden. Wir haben heute den Begriff der Nicht-  
 tarifbeschäftigten, die ausgeschlossen bleiben sollen. Wir haben das  
 müssen, weil durch bezirkliche und örtliche Regelung so  
 ungleichmäßig gemacht worden sind, daß wir an den Dingen  
 nicht festhalten können. Wir möchten empfehlen, die ausführliche Statistik  
 des letzten Jahresberichts als Material für die nächstjährigen  
 Beschlüsse recht aufmerksam zu lesen. Wir halten es nicht für  
 richtig zu sagen, nur der Kollege soll unter den Tarifvertrag  
 in acht Stunden voll arbeiten. Auch die Arbeiter, die als  
 Arbeiter fünf, sechs Stunden arbeiten, auch die Reinigungs-  
 Arbeiter, so lange arbeiten, sollen zum mindesten anteilig in den  
 Rechte des Tarifvertrags kommen. Der Freistaat Hessen  
 im Wirtschaftsgebiet Hessen-Nassau können hier als Vorbildlich  
 so festgelegt ist, daß diejenigen als vollbeschäftigt gelten,  
 8 Stunden und darüber arbeiten. Auch die Frage der vor-  
 zeitig beschäftigten Arbeiter, die wohl in Berlin eine Rolle  
 spielen, für die Frage der Zeitverträge ganz verschieden in unseren  
 Betrieben geregelt. Das ist in den Bezirken vereinbart. Da  
 es einmal, als günstigste Regelung, daß derjenige, der sechs  
 oder mehr arbeitet, nicht mehr als vorübergehend beschäftigter  
 gelten soll. Das ist für Büttrenberg durchgeführt. Andere lagern  
 Monate, andere sechs Monate, andere überlassen die Frage  
 zwischen und persönlichen Vereinbarung. Ein Tarifvertrag —  
 der unangenehmste — steht vor, daß nur der städtische Arbeiter  
 den Tarifvertrag fällt, der länger als ein Jahr beschäftigt ist.  
 Die Bestimmung sollte möglichst bald aus dem Tarifvertrag ver-  
 wandt werden. Wenn wir die Bestimmung für die Schichtarbeiter bis  
 Stunden als Kenn-Vorschrift hereinnehmen müßten, so ist diese  
 Vorschrift leider in vielen Orten von den Kollegen mit großem  
 Widerstand als Miß-Vorschrift angesehen worden.  
 Der Reichsarbeiterverband, vielleicht auch das Reich und alle  
 anderen, die der reichsstariflichen Regelung anhängen, haben  
 nur das Bestreben, das Normalrecht in bezug auf die Be-  
 dingung von Krankenlohn ganz besonders abzubauen. Da ist  
 darauf hinzuweisen, daß es ein Irrtum ist, der Reichstarif-  
 regelung solle das zu. Beim Krankenlohn und beim Urlaub steht heute  
 der Gemeinderat der Durchschnitt bedeutend günstiger, als der Reichs-  
 tarifvorschrift. Beim Urlaub sind in 145 Gemeinden für 75 187  
 also für 48 Proz., die Urlaubsverhältnisse besser geregelt,  
 im Reichstarif. 49,3 Proz. der Tarifverträge für 82 216  
 Beschäftigte sind besser geregelt als im Reichstarif. Es ist  
 möglich, daß nach den Bestimmungen in dem Schlußsatz der §§ 9  
 die Arbeitgeberverbände nicht von sich aus etwa die be-  
 stimmten besseren Verhältnisse abbauen können, wenn nicht die  
 Arbeitgeber freiwillig zustimmen. — Wir sehen bei einem Vergleich  
 1914 und 1921, daß heute in 1386 Gemeinden Urlaub  
 über und Krankenlohn gezahlt wird, während im Jahre 1914  
 in 135 Gemeinden Krankenlohn gezahlt wurde. Die Bezahlung  
 der Krankentage ist heute in 1381 Gemeinden durchgeführt;  
 das war sie nur für 109 Gemeinden durchgeführt. Auch auf dem  
 Gebiet des Ruhegeldes ist ein Fortschritt zu verzeichnen. 1914 wurde  
 in 115 Gemeinden Ruhegeld gezahlt, 1921 in 325 Gemeinden. Das  
 ist ein Fortschritt, den wir nur der Tatsache zu verdanken haben,  
 daß der Reichstarif für das ganze Reich durch den Reichstarifvertrag die  
 Bestimmungen in den Gemeinden gezwungen wurden, das Recht des  
 Tarifvertrags anzuwenden. — Die Frage des Ruhegelds  
 ist bisher nur als Programm in den Reichstarifvertrag auf-  
 genommen worden, es nimmt heute auch, wie wir feststellen müssen,  
 einen großen Teil der Arbeitgeber für zwei Bezirke geändert  
 worden ist. Rheinland-Westfalen, Schleswig-Holstein und jetzt auch  
 die Ostpreußen haben Ruhegeldbestimmungen eingeführt, in die zu-  
 nächst das Einkommens gezahlt werden.  
 Wir sehen, daß das alte Recht: Ruhegeld ohne Zahlung  
 der Beiträge, seitens der Arbeitgeber für zwei Bezirke geändert  
 worden ist. Rheinland-Westfalen, Schleswig-Holstein und jetzt auch  
 die Ostpreußen haben Ruhegeldbestimmungen eingeführt, in die zu-  
 nächst das Einkommens gezahlt werden.  
 Wir wollen noch feststellen, daß die Tarife für die Reichs-  
 und Staatsarbeiter sich eng an das angelehnt haben, was  
 dem allgemeinen Tarif für die Gemeindearbeiter vereinbart

worden ist, allerdings mit bestimmten Abweichungen. Bei den  
 Staatsarbeitertarifen z. B. heißt es: „Die Rechte der Betriebsräte  
 werden durch das Betriebsrätegesetz geregelt“; in unserem Reichs-  
 tarif findet sich darüber keine Bestimmung. Das erklärt sich folgen-  
 dermaßen. Wenn wir diese Bestimmung aufgenommen hätten, so  
 hätten wir dadurch eine Verschlechterung für manche Orte herbei-  
 geführt. In allen Orten und Bezirken bietet sich dadurch die Mög-  
 lichkeit, ungebunden durch den Reichstarifvertrag das Beste für die  
 Betriebsräte herauszuholen. Es soll nicht nur heißen: „Gemeinde-  
 und Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein,“ sondern wir wollen  
 in dankbarer Anerkennung der Hilfe, die uns durch die freien Ge-  
 werkschaften vor dem Kriege gewährt worden ist, in dankbarer An-  
 erkennung der Arbeit, die auch unsere Kollegen vor dem Kriege ge-  
 leistet haben, dahin streben, daß alle Provinz- und Privatbetriebe  
 Musterbetriebe werden. Dazu soll auch unser Tarifvertragsrecht  
 dienen, wie wir es uns erobert haben und wie wir es zu erhalten  
 und auszugestalten denken.  
 Zu 2c der Tagesordnung „Betriebsräte“ erhält als Be-  
 richterlatter das Wort D. Stetter, Berlin: Das Gesetz über die Be-  
 tribsräte entspricht nicht den Anforderungen, die die deutsche Arbeiter-  
 schaft an ein solches Gesetz stellt. Es erscheint wünschenswert, daß  
 endlich auch die Bezirkswirtschaftsräte in Kraft treten, um eine wirk-  
 same Vertretung der Arbeiterinteressen zu gewährleisten. ADGB und  
 IFA-Bund haben 15 Industriegruppen geschaffen. Die zwölfte Gruppe  
 umfaßt die öffentlichen Betriebe. Der Verband der Maschinisten und  
 Heizer hat seit der Einführung dieser Gruppeneinteilung aus rein  
 organisatorischen Gründen immer und immer wieder versucht, eine  
 16. Gruppe, die Gruppe „Kraftzeugung“ zu schaffen. Alle In-  
 stanzen, der Vorstand der Betriebsrätezentrale, der Ausschuss des  
 ADGB und der Leipziger Gewerkschaftskongress haben erfreulich-  
 weise die dahingehenden Anträge abgelehnt. Das ganze Sein der  
 Betriebsräte hängt von der praktischen Arbeit der Kollegen in den  
 Betrieben ab. Wir können nur rein theoretisch die Betriebsräte mit  
 Material versehen, statistische Maßnahmen machen, die wir ihnen über-  
 mitteln; die praktische Arbeit haben die Kollegen zu leisten. Bei dieser  
 Gelegenheit möchte ich betonen, daß unsere Betriebsräte darauf  
 hinzuwirken haben, daß der Arbeitgeber regelmäßig bei den  
 Sitzungen des Betriebsrats anwesend ist. Durch diese Anwesenheit  
 wird manches Mißverständnis vielleicht von vornherein beseitigt,  
 und die Arbeit der Betriebsräte wird eine erfolgreichere und schnellere  
 sein können. Als besonders erfreuliches Ergebnis ist aus unserer  
 Statistik zu entnehmen, daß in den Sitzungen, soweit der Arbeit-  
 geber daran teilnimmt, in 2553 Betrieben der Betriebsratsvorsitzende  
 den Vorsitz führt, während dies in 635 Betrieben nicht der Fall ist.  
 Als großen Erfolg bezeichnet unsere Statistik weiter, daß in 80 Proz.  
 aller Betriebe die Sitzungen während der Arbeitszeit stattfinden. Die  
 Hauptaufgabe der Betriebsräte wird sein müssen die praktische  
 Mitwirkung im Produktionsprozeß. Sie sollen ferner  
 mitwirken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden. Ein Haupt-  
 mangel besteht darin, daß die öffentlichen Betriebe zum großen  
 Teil als nicht wirtschaftlichen Zwecken dienend bezeichnet werden.  
 Nur zirka 50 Proz., 1608 Betriebe, gelten auf Grund unserer statisti-  
 schen Erhebungen als wirtschaftliche Zwecke verfolgend, während  
 das bei 1967 bis jetzt nicht anerkannt ist. Augenblicklich schwebt  
 vor dem Reichswirtschaftsrat die Klärung darüber, ob die Post, die  
 Reichsbank, die Wasserbaubetriebe als Betriebe mit wirtschaftlichen  
 Zwecken anerkannt werden sollen. Fällt die Entscheidung zu unseren  
 Gunsten, dann wird es auch in Gemeindebetrieben möglich sein, noch  
 in weiterem Maße durchgreifend zu wirken. Es ist ferner als Haupt-  
 aufgabe unserer Betriebsräte zu betrachten, daß sie Einsicht bekommen  
 in den Haushaltplan. Sie sollen auch die Möglichkeit haben, den Ver-  
 waltungsdienst eingehend zu studieren. Der Reichsarbeiterverband  
 ist uns in dieser Beziehung erfreulich entgegengekommen. Es ist dort  
 ohne weiteres zugegeben worden, es sei empfehlenswert, daß die  
 Stadtverwaltungen von sich aus den Betriebsräten die Einsicht in die  
 Bilanzen, die ganze Geschäftsführung ermöglchen. Laut unserer Sta-  
 tistik ist das allerdings heute erst in 966 Betrieben gestattet, in 2561  
 noch nicht. Wenn wir bedenken, daß schon in der Vorkriegszeit  
 in einer Anzahl Städte in Arbeiterausschüssen die Möglichkeit gegeben  
 war, in Deputationen mitzuraten und zu raten, so muß das  
 für uns ein neuer Ansporn sein, überall dafür zu sorgen, daß unsere  
 Betriebsräte das ihnen aus dem Gesetz sich ergebende Recht er-  
 füllen. § 13 des Betriebsrätegesetzes läßt zwei Ausnahmen zu.  
 Es wird darin davon gesprochen, daß die Verwaltungen das Recht  
 haben, solche Beamte, die der Natur ihrer Arbeit nach eine vor-  
 wiegend arbeiterähnliche Tätigkeit verrichten, unter das Betriebs-  
 rätegesetz zu stellen, und daß andererseits Arbeiter und Angestellte,  
 die sich in einem beamtenähnlichen Verhältnis oder in Beamten-  
 anwartschaft befinden, aus dem Betriebsrätegesetz herausgehoben  
 werden können, insofern ihnen die Möglichkeit ihrer Vertretung in  
 den Beamtenausschüssen gewährleistet ist. Leider läßt sich ein Teil  
 der Arbeiter lediglich um des schönen Namens „Beamtenanwärter“  
 willen ganz ohne Sträuben aus dem Betriebsrätegesetz heraus-  
 nehmen und unter die Beamtenausschüsse bringen. Das liegt nicht  
 im Interesse unserer Bewegung. Als Arbeiter der öffentlichen Be-  
 triebe haben wir ein starkes Interesse daran, daß auch die Beamten,  
 die in erster Linie mit uns gearbeitet haben, in ein neues  
 arbeitsrechtliches Verhältnis kommen. Was bis jetzt geregelt  
 worden ist, stellt eine Plattform dar, von der aus weiter-

gearbeitet werden muß. Dann wird der Tag kommen, wo es der deutschen Arbeiterschaft möglich sein wird, das Betriebsrätegesetz auszubauen und mit seiner Hilfe vorwärts zu schreiten, dem Ziel entgegen, das wir alle ersehnen, der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und den Aufbau einer sozialistischen Gemeinwirtschaft.

**Dittmer:** Die Presse kann natürlich nichts anderes sein als ein Spiegelbild der Bewegungen. Sie soll die Informationen für die gewerkschaftliche Erziehung bieten, die auf anderen Gebieten seit Jahren sozusagen brach daniederliegt. Wir haben uns in fast allen Gewerkschaften auf dies eine Bildungsmittel beschränken müssen, weil die Lohnbewegungen alle Kräfte beanspruchten. 1920 wurde die Frage erörtert, ob nicht doch eine andere Gewerkschaftsform am Platze sei, die revolutionäre Betriebsräteorganisation. Das schlug auch Wellen bis hinein in unsere Mitgliederkreise, besonders im Westen Deutschlands. Es war Kollege **Brenzlow**, der hier gewissermaßen die Geburtshilfe von Berlin aus leisten wollte. Das ist ihm aber nicht gut bekommen. Es war wieder von Berlin der Kollege **Gürne**, der entschieden dagegen Stellung nahm. Auf Grund des Artikels von **Brenzlow** ging uns eine Flut von Zuschriften zu, die sich darüber empörten, daß ein solcher Artikel Aufnahme gefunden habe. Wir können aber unmöglich die Pressefreiheit beschränken, sondern müssen auch Gedanken zum Ausdruck kommen lassen, die mal nicht ganz das Richtige treffen. Aber auch **Brenzlow** beschwerte sich, daß sein Artikel gar nicht wiederzuerkennen sei, er protestierte dagegen, daß sein Name darunter stehe. Wir haben ihm an Hand des Manuskripts, das ich auch hier habe, nachgewiesen, daß nur einige vom allgemeinen Gesichtspunkt aus recht überflüssige Stellen, die mit den politischen Anschauungen gar nichts zu tun hatten, weggelassen wurden. Ueber einzelne Dinge waren wir sogar einer Meinung. Andererseits wurde von **Bremen** gegen die Aufnahme des Artikels von **Gürne** Beschwerde erhoben. Bremen wurde ersucht, anzugeben, mit welchen Artikeln es unzufrieden sei, weil es mit einer ganz allgemeinen revolutionären Resolution kam, und es stellte sich dann heraus, daß es sich um recht alte Artikel handelte, die schon auf dem Nürnberger Verbandstag ihre Erledigung gefunden hatten, und dann noch um diesen Artikel **Gürne**. Der Verbandsvorstand hat darauf geantwortet, daß wir natürlich keinen Anlaß hätten, die Aufnahme der Darlegungen des Kollegen **Gürne** zu verbieten. Wir haben 1920 eine Neuerung getroffen mit der graphischen Statistik, die planmäßig und systematisch aufgezo-gen wurde.

1920 konnten wir die „Sanitätswarte“ achttägig als Fachblatt erscheinen lassen. Wir haben indessen in der letzten Zeit schon erwogen, ob man doch nicht wieder zu dem vierzehntägigen Erscheinen zurückgreifen soll und dafür lieber acht Seiten herausgibt. Das würde nur eine geringe Verbilligung bedeuten, aber der Fachcharakter der „Sanitätswarte“ würde besser herausgearbeitet werden können. Es ist auch reiches Material über die Bildungsfragen, über Naturwissenschaften im Feuilleton usw. bearbeitet, ebenso wie in den Jahren vorher. Dabei müssen wir auch bleiben.

Ein bedenkliches Kapitel ist das Emporschnellen der Papierpreise. Im September 1919 kostete uns ein Exemplar der „Gewerkschaft“ 8 Pf. Heute kostet uns ein Exemplar 1,30 Mk. Von der „Sanitätswarte“ kostete Ende 1920 ein Exemplar 8 bis 8½ Pf.; gegenwärtig kostet es über 35 Pf. Dabei sind wir in der glücklichen Lage, allen unseren Mitgliedern mindestens eine Zeitung bieten zu können, und wir sind auch der Meinung, daß wir noch der Richtung nicht sporen dürfen, weil sonst manches noch viel mehr im argen liegen würde. Wir haben uns bemüht, im Laufe der letzten Jahre auch die Expedition etwas zu verbessern, indem wir die Zeitung einen Tag früher erscheinen ließen und indem wir die ganze Expedition neu umgestellt haben. Wir haben für einzelne Gruppen sogar die Postzeitungsbestellung durchgeführt, so daß wir da eine wesentliche Beschleunigung erzielen konnten.

Wissend ist der Wunsch vorhanden, der ja auch in den vorliegenden Anträgen zum Ausdruck kommt, wir möchten noch mehr Fachartikel bringen, etwa für das Handwerk und die technischen Betriebe. Wir haben eine ganze Reihe solcher Aufsätze gebracht. Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß wir das Gewerkschaftsorgan nicht überlasten können; denn sonst wird es nicht gelesen. Für die neue Entwicklung möchte ich vorschlagen, daß wir versuchen, hier und da noch etwas mehr zu kürzen. Wir haben auch die Totenliste schon in den letzten Wochen zurückgestellt. Die Meinung des Verbandsvorstandes geht dahin, daß wir die Totenliste auch in Zukunft nicht mehr erscheinen lassen, was ja auch bei den meisten großen Verbänden nicht mehr geschieht. Wenn es möglich sein sollte, dann werden wir sehen, daß allgemein wirtschaftspolitische und hier und da auch noch technische Artikel weiter erscheinen. Aber wesentlich über das was wir jetzt bringen, werden wir kaum hinausgehen können. Es wäre zu erwägen, ob für die Staatsarbeiter etwas Weiteres geschehen soll, ob wir vielleicht allmonatlich ein besonderes Mitteilungsblatt herausgeben. Kollege **Stetter** hat aber schon angedeutet, daß es darauf ankommt, wie sich die Dinge mit den Staatsarbeitern oder den Beamten gestalten. Bei den Betriebsräten ist reichlich Material von uns geliefert worden. Jedes Mitglied sollte sich für verpflichtet halten, in die Dinge einzudringen. Erst dann haben wir die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß wir das Betriebsrätegesetz endlich so umgestalten können, wie es die Gewerkschaften längst gewünscht haben.

**Zweiter Verhandlungstag**

**Orlopp-Effen** (Mandatprüfungsmission): Es sind wessend 264 Delegierte. Der 80. Wahlkreis ist unvertreten. Den Gauleitern fehlen **Heinrich-Röhl**, **Böhm**, **Wielefeld**, **Preißler**-Dresden. Die Mandatprüfungskommission hat geschlossen, dem Verbandstage vorzuschlagen, die Mandate anzuerkennen. Dementsprechend wird beschloffen.

Den **Kassenbericht** erstattet **Ruppert**: Wir hatten Schluß des Jahres 1921 einen Bestand von 18 300 851,64 Mk. Bestand der Filialkassen hat die Summe von 6 166 291,04 Mk. reicht. Hauptkasse, Vermögensverwaltung und Filialkassen zusammen weisen einen Gesamtbestand von 24 942 837,43 Mk. Entwertung der Mark führt dazu, daß trotz der hohen Markquote zugrunde legen, so hatten wir am Ende des Jahres einen Bestand pro Mitglied von 12,28 Mk. für die Hauptkasse 5,78 Mk. für die Filialkassen, zusammen 18,06 Mk. 1920 hat wir bei den Filialkassen einen Bestand von 29,73 Mk. pro Mitglied bei den Filialkassen 13,30 Mk., zusammen 43,03 Mk. 1921 waren Kopfquote auf 61,90 Mk. für die Hauptkasse gestiegen und 23,56 für die Filialkassen, zusammen 87,65 Mk. Im Vergleich zu letztem Wert der Mark und dem von 1914 hat der Bestand 87,65 Mk. pro Mitglied einen Wert von 30 Pf. Damit ist eine Verminderung der Leistungsfähigkeit des Verbandes eingetreten, die uns auspornen muß, die Hauptkasse finanziell zu stärken.

Zur **Mitgliederbewegung** innerhalb der drei Berichtsjahre kann festgestellt werden, daß das prozentuale Verhältnis buchmäßigen zu den zählenden Mitgliedern ist 1919 85,82 Proz. zählende Mitglieder 1920 90,68 Proz. und 1921 90,27 Proz.

Die **Filialen** haben sich innerhalb dieser Zeit bedeutend mehr. Im ersten Quartal 1919 hatten wir 510 Filialen, im 2. Quartal 568; im Jahre 1920 stieg die Zahl auf 784, im Jahre auf 885. Durch die Ausdehnung der Filialen ist es uns möglich gewesen, in Gebiete einzutreten, in die wir früher kaum eindringen konnten. Zwischen der Hauptkasse und den Filialen ein gutes Zusammenarbeiten möglich gewesen. Wir haben einen Kassenbestand von 21 611 495 Mk. in der Hauptkasse, in diesem Bestand sind Ausgaben im zweiten Quartal von 8 Millionen und im dritten Quartal von 5 Millionen zu sehen, so daß wir im Jahre 13 319 978 Mk. noch zu verrechnen sind. Wenn wir die stützungsarbeiten abzählen, so bleibt uns nach Abzug der Ausgaben ein Bestand in der Hauptkasse von 7 833 179 Mk.

Unser **Verbandstage** ist unter anderem auch die Aufgabe stellt, über die Beiträge zu beschließen. Wir sind bestrebt zu einer gleitenden Scala gekommen, so daß die Beitragssätze automatisch der Lohnhöhe anschließen. Prinzipiell ist die Beitragsfrage entschieden, und die jetzige Regelung hat sich auch bewährt. Es kann sich nur noch darum handeln, welche Sätze wir im einzelnen festlegen und welche Abflusungen wir innerhalb der Höhe vornehmen sollen.

In der **Zusammensetzung der Vermögensverwaltung** ist eine Änderung vorgenommen. Es ist schon in Nürnberg von **Karl Ahmann** vorgetragen worden, daß diese G. m. b. H. gelöst wurde, um nach außen hin eine rechtskräftige Vertretung des Verbandes zu erreichen. Damals war die Zusammensetzung: **Heinrich Ahmann**, **Müntner** und **Beder**. Da Änderungen notariell zogen und gerichtlich eingetragen werden müssen, haben wir keine Änderung vorgenommen. Die Einnahmen der Vermögensverwaltung bestehen in der Hauptsache aus Ueberweisungen Hauptkasse und den Zinsen, die die Vermögensverwaltung diesen Kapitalien einnimmt.

Den **Bericht der Revisoren** erstattet **Perföhl**: Seit letzten Verbandstag ist die Mitgliederzahl so stark angewachsen, es eine außerordentliche Arbeit für die beiden Kassierer war. 1921 Kollege **Ahmann** sein Amt an den Kollegen **Ruppert** übergeben haben wir bei der Revision alles in bester Ordnung gefunden. Wir haben auch gleich nach der Uebergabe erneut residiert und festgestellt, daß Bücher und Belege in Ordnung waren. **Ruppert** hat seinen Posten so ausgefüllt, daß wir uns keinen anderen Kassierer wünschen können. Auch seitdem er Hauptkassierer haben wir wiederholt auch außerordentliche Revisionen vorgenommen und können feststellen, daß die Kasse auch jetzt in den Händen eines tüchtigen Kassierers ist. Kurz vor dem Verbandstag am 14. August haben wir eine letzte Revision vorgenommen. Ich betrage, den Kassierern Decharge zu erteilen, wir können ihnen für die Zukunft das volle Vertrauen schenken.

Hierauf gibt Kollege **Paul Schulz** den Bericht der Revision der **Gesundheitswesen**. Wir geben das Referat Nr. 36 der „Sanitätswarte“ wieder.

Ueber die **Reichsfektion Staatsarbeiter** und **amtenorganisation** berichtet **Stetter**: Versäßer sind im Vertrag und Finanznot haben Reich und Staat gezwungen, Betriebe in weitem Maße abzubauen. 1921 hat sich die Zahl von unserer Organisation statistisch erhöht und in den Reichsstaatsbetrieben Beschäftigten um 16 902 verringert. Unter den Organisationen freigewerkschaftlicher Richtung, die Reichsstaatsarbeiter organisiert haben, hat unser Verband, abgesehen dem Eisenbahnerverband und dem Transportarbeiterverband, die größte Zahl in sich aufgenommen. Am Schluß des vorigen

verzeichneten wir 14 647 Reichs- und 27 617 Staats-  
mit zusammen 42 264 Kolleginnen und Kollegen. Es ist also  
zu sehen, daß das Heer derer, die für uns noch gewonnen wer-  
den, wesentlich größer ist.

Die Hauptaufgabe des Verbandsvorstandes in der abgelaufenen  
Zeitsperiode war, die soziale Lage der Reichs- und Staats-  
mit neu zu gestalten. Deshalb gingen wir daran, zu einer  
neuen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gelangen.  
Der Verband hat ebenso ein Mitglied aus seinen Reihen mit dieser  
Aufgabe betraut, und so wurde auch rein organisatorisch die Sektion  
für Reichs- und Staatsarbeiter in das Verbandsganze eingegliedert.

Betrachtet man das Gesamtergebnis unserer Tarifpolitik, so zeigt  
sich, daß die meisten Einzelstaaten, Preußen, Sachsen und Bayern  
sich in anderen Staaten ist die Sache noch im Werden, sich  
den materiellen Inhalt der Reichsmanteltarife zu eigen gemacht

Im Anschluß an die Staatsarbeiterkonferenz stellten wir bei  
der Reichsregierung den Antrag, auch für die Reichs- und Staats-  
mit eine Rubelohnerverordnung einzuführen. Der Reichsfinanz-  
minister steht aber auf dem Standpunkt, daß die Schaffung einer Ruhe-  
lohnverordnung für die Staatsarbeiter augenblicklich nicht in Frage

kommen könne, einmal wegen der finanziellen Schwierigkeiten des  
Reichs, zum anderen, weil die soziale Gesetzgebung eine Ange-  
legenheit ist, die die gesamte Arbeiterschaft betreffe und reichsweite  
Gesetze werden müsse. Demgegenüber ist von unserem Stand-  
punkt aus mit allem Nachdruck darauf verwiesen worden, daß die

seit Jahren diese Rubelohnerbestimmungen durchgeführt  
werden. Es ist den Gemeinden förmlich, muß auch dem Reich und den  
Landesregierungen möglich sein. Solange man den Beamten eine Pension  
verweigert, solange hat auch der Staats- und Reichsarbeiter denselben

Verlust an seinem Arbeitgeber stellen.

Die Lohnbewegung ist ein Kampf, und diesen Kampf zu ge-  
winnen, muß unsere Aufgabe sein. Um den Kampf erfolgreich führen  
zu können, braucht man eine Macht, und Macht liegt in den Reichs-  
betrieben nicht, außer bei den Kategorien, die wir zu er-  
sten in der Lage waren. Die Macht ist bei Staat und Reich nur

in der Zusammensetzung aller dort beschäftigten Arbeiter zu ge-  
winnen. Ausgehend von diesem Gedanken haben sich die in Frage  
kommenden Organisationen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten

der Führung des Deutschen Eisenbahnerverbandes seit einem  
Jahre zusammengefunden, um die Lohnbewegung gemeinsam zu  
führen. Wenn es gelingen ist, die widerstreitenden Interessen zu  
vereinigen, dann ist das in erster Linie ein Verdienst des  
Vorstandes, des Vorsitzenden des Deutschen Eisenbahner-  
verbandes.

Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Be-  
amtenbundes hat für unsere Organisation eine agitatorische  
organisationsmäßige Auswirkung. Tausende Arbeitskollegen, die  
in sozialen Lage noch zu uns gehören, die uns aber den Rücken  
gekehrt, als sie eine Anstellungsurkunde in der Tasche hatten, und  
die heute noch in reaktionären Beamtenvereinigungen befinden,  
sind wir in unser Lager zurückzuholen. Ferner ist zu betonen,

daß eine große Anzahl von Beamten in Deutschland vorhanden ist,  
die einer der drei sozialistischen Parteien angehören und  
sich dem Deutschen Beamtenbunde angeschlossen sind. Es ist ein Gebot der  
Gerechtigkeit, daß auch von dieser Stelle an alle freibütlich gesinnten Beamten,  
die sozialistischen Parteien angehören, einen Appell zu richten  
können, daß sie dort hingehören, wo ihre Klassengenossen  
im Kampfe stehen. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen  
Beamtenbundes hatte ferner die Zusammensetzung der Kommunal-  
beamten zur Folge, die auch auf unsere Verhältnisse einwirkt. Es  
ist natürlich das Idealste, wenn wir heute schon organisatorisch  
den Arbeiter, den Angestellten auch den Beamten stellen  
können. Wir werden in der deutschen Beamtenbewegung den Weg  
gehen müssen, den die Arbeiterorganisationen gegangen sind. Wir  
sind eine berufliche Wiedergeburt durchführen müssen und hoffen,  
früher als in der Arbeiterbewegung die organisatorische Einheit  
erreichen werden kann. Für uns ist es wichtig, alle die Beamten  
in unserer Organisation zuzuführen, die reine Arbeiterbeamten sind.  
Es ist dabei nicht zu vergessen, daß tausende Pfleger und Pflegerinnen  
in Deutschland beschäftigt sind, die dem Deutschen Beamten-  
bunde angehören, die einen Pfleger- oder Pflegerinnenverband ge-  
gründet haben; es gibt auch Vereine der Oberpfleger, der Pfleger  
des Bezugsgruppe II und der Gehaltsgruppe III. Die Gründung  
des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat in verschiedenen  
Teilen des Deutschen Reiches das besetzte Pflegerpersonal aufgef-  
füllt. Eine der größten Anstalten in der Provinz Brandenburg hat  
die Anwesenheit des Direktors und von fünf Vertretern des  
Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes einstimmig den Uebertritt zu unserem Ver-  
band zugesagt. Vor allen Dingen ist von unseren Funktionären  
zu achten, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund kein  
personales aufnimmt, wenn die betreffenden Beamten nicht bei  
uns Mitglied sind. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund verweist  
auf den ihm herantritt, an seine unabhängige Organisation. Wir  
sind auch die Beamtenbewegung in engem Anschluß an unsere  
Organisation halten. Ueber 6000 Beamte haben sich bereits  
zusammengefunden. Durch die Zusammensetzung der  
Beamten im A.D.B., der Arbeiter im A.D.B. und der An-

gestellten in der A.D.B. gebeten wir organisatorisch alles geschaffen  
zu haben, was geschaffen werden kann, um die Interessen unserer  
Kolleginnen und Kollegen zu vertreten.

Den Bericht des Verbandsausschusses gab Lang,  
Stuttgart. Er ging ausführlich auf alle Vorgänge während der  
Amtszeit des Ausschusses ein und berichtete auch über die einge-  
gangenen Beschwerden und Anträge. Zum Schluß sprach er sich  
dahin aus, daß der Ausschuß ohne Ansehen der Person sich streng  
im Rahmen des Statuts gehalten habe, um seine Tätigkeit als eine  
gerechte und nützliche für den Verband auswirken zu lassen. Das  
Zusammenarbeiten mit dem Hauptvorstand war ein gutes, die Ge-  
schäftsführung hat in guten Händen gelegen. Er ersuchte deshalb,  
dem Gesamtvorstand für seine Tätigkeit Entlastung zu erteilen.

In der Diskussion bringt Blich, Leipzig Beschwerden  
vor über Schwierigkeiten mit der sächsischen Staatsregierung. Wir  
haben darüber bereits in Nr. 34 „Gew.“ berichtet.

Dr. Lopp, Essen, wünscht, drei Diskussionsredner un-  
beschränkte Redezeit zu geben.

Hoffmann, Köln, spricht gegen den Antrag. Wenn jeder  
Kollege 25 Minuten zu einem Thema spricht, können sie sehr viel  
sagen. Ich möchte nur bitten, dem Kollegen Lagodjinski für die  
Ausführungen über den Berliner Streik eine längere Redezeit ein-  
zuräumen.

Der Antrag Dr. Lopp wird mit großer Majorität abgelehnt.  
Scharlau, Berlin, stellt den Antrag, den Berlinern für die  
Schilderung ihrer Streiksache volle Redezeit zu gewähren.

Der Antrag Scharlau wird angenommen.

Reißner, Königsberg: Wir haben es bedauert, daß man den  
Gemeindearbeitertarif im vorigen Jahre ohne Befragen der Kollegen  
vereinbart hat. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß bei unseren  
Lohnbewegungen der Ostpreussische Arbeitgeberverband gar kein Ge-  
wicht darauf legt, zu einer Einigung zu kommen, sondern syste-  
matisch darauf drängt, daß die Lohnverhandlungen alle An-  
stalten durchgehen, um für jede einzelne Lohnbewegung  
Zeit zu gewinnen. In der Zwischenzeit sind dann die Preise  
viel weiter gestiegen, und wir haben niemals den Erfolg erzielen  
können, den wir brauchen. Ich möchte empfehlen, künftighin die  
Schiedsstellen zu beschränken. Ich habe es außerordentlich bedauert,  
daß wir drei Wochen haben warten müssen, bis der Zentralauschluß  
in unserer Streiksache zu einem Entschluß kam.

Wir in Königsberg haben auch in bezug auf einen Streik, den  
wir 1920 führten, Kritik an dem Verbandsvorstand zu üben. Dieser  
Streik wurde eingeleitet und geführt vom Gauleiter und wurde da-  
durch zu Ende gebracht, daß vom Polizeipräsidenten und dem Magi-  
strat ein Telegramm nach Berlin geschickt und daraufhin ein Ver-  
treter des Verbandsvorstandes nach Königsberg entsandt wurde. Die  
Einsicht in die Telegrammabschrift hat man uns bisher verweigert.

Kollege Schulz, der mit dieser unangenehmen Aufgabe betraut wurde,  
kam nach Königsberg und ist zunächst zum Polizeipräsidenten ge-  
gangen, späterhin zum Magistrat, um zu verhandeln. Die Umstände,  
die dabei mitsprachen, nämlich daß durch das Auftreten des Kollegen  
Schulz der Eindruck erweckt wurde, als ob die gegenwärtigen finan-  
ziellen Verhältnisse es nicht ermöglichten, einen größeren Streik zu  
führen, haben unter den Kollegen, die zum erstenmal in Königsberg  
in einem Streik standen, Mißstimmung hervorgerufen, so daß bei  
der folgenden Urabstimmung nicht die nötige Majorität für die Fort-  
führung des Streiks vorhanden war. Wir haben über die wichtige  
Frage der Rubelohnerverordnung bisher kein Wort in unserem  
Verbandsorgan gefunden. Wir müssen von Ostpreußen aus  
vor einer Gefahr der Abtrennung der Staatsarbeiterlohnbewe-  
gungen von den Staatsbeamtenlohnbewegungen warnen, weil eine  
Abtrennung für viele Gebiete Nachteile mit sich bringen würde. Wir  
sind bezüglich der Rubelohnerverordnung anderer Ansicht als der Reichs-  
finanzminister und haben eine Resolution eingebracht, daß mit allen  
Mitteln auf eine Rubelohnerverordnung für Reichs- und Staatsarbeiter  
hingearbeitet werden soll. Nach vierzig Dienstjahren im Reichsdienst  
beträgt die Pension jährlich 9000 Mk. Das ist keine Pension und  
kein Rubelohn unter den heutigen Verhältnissen. Wir haben in den  
letzten sechs Wochen in Königsberg einen Streik der Bernsteinerwerk-  
arbeiter geführt. Wir mußten es aber erleben, daß trotz zweimaligen  
Schreibens und trotz eines Telegramms mir drei Wochen vom Ver-  
bandsvorstand ohne Bescheid geblieben sind, obgleich der unmittelbare  
Verantwortliche für die Bernsteinerwerke der Handelsminister in Berlin,  
Minister Siering, ist. Andererseits müssen wir aber sagen, daß unser Ver-  
bandsvorstand in einer Reihe von Fällen eine Stellung eingenommen  
hat, und zwar zu der Technischen Nothilfe, der Schlichtungsordnung,  
der Industrieorganisation usw., die wir kritisieren können.

Rachowski, Berlin, spricht ausführlich zum Referat Schulz  
über die Reichssektion Gesundheitswesen. Seine Ausführungen wer-  
den ebenfalls in Nr. 36 der „Sanitätswarte“ wiedergegeben.

### Dritter Verhandlungstag.

#### Vormittagsitzung.

Der Vorsitzende Müntner gibt zu Beginn der Sitzung folgen-  
des Telegramm an den Kollegen Paul Levi bekannt:

209 000 russische Kommunalarbeiter senden Euch ihre brüder-  
lichen Grüße. Auf unserem Verbandstag am 20. Dezember hoffen  
wir, einen Vertreter von Euch zu begrüßen. Wünschen Eure

Zugung vollen Erfolg im Sinne des entschiedenen Klassenkampfes und hoffen auf dauernde enge Verbindung mit Euch.

Russischer Kommunistenarbeiterverband.

Außerhalb der Tagesordnung erhält dann das Wort zu einer Erklärung namens der Gauleiter

Buchelt: In der Montagsausgabe der hiesigen Zeitung der Kommunistischen Partei wird zu unserem Verbandstage Stellung genommen. Wir haben aber festgestellt, daß derselbe Artikel in den gesamten kommunistischen Zeitungen Deutschlands die Runde macht; wir fühlen uns deswegen veranlaßt, folgendes zu erklären: Der Artikel behauptet, der Verbandstag habe aus sich heraus einen Verbandsbeirat und eine Gauverwaltung vorgeschlagen. Wir erklären, daß nicht der Verbandstag, sondern der Verbandsausschuß und der Verbandsvorstand gemeinsam mit den Gauleitern diese Vorlage ausgearbeitet und dem Verbandstag empfohlen haben. — Ferner wird gesagt, daß in dem Verbandsbeirat die angestellten Gauleiter nach dem Motto: „Wess' Brot ich ess', dess' Lied ich sing'“ die Majorität bilden und nur einzelne Nichtangestellte mit hineingenommen worden sind. Ich stelle fest, daß der Vorschlag des Verbandsausschusses und des Verbandsvorstandes die übergroße Majorität in dem Beirat den in Arbeit stehenden Kollegen eingeräumt hat und daß nur je ein Vertreter der Gauverwaltungen in den Beirat aufgenommen werden soll, der angestellt ist. — Ferner wird gesagt, daß die Gauleiter zwei Tage vor der Tagung zusammenberufen worden seien, um dem Verbandsvorstand eingesehen zu werden, damit sie dann im Sinne des Verbandsvorstandes handelten. Die Geschichte unserer Organisation beweist, daß ein großer Teil der Gauleiter oft in heftigster Opposition zum Verbandsvorstand gestanden hat. Wir begrüßen es daher mit Freuden, daß das unglückselige Verhältnis endlich beseitigt ist. Wir erklären als Gauleiter, daß wir uns unsere eigene Meinung bilden und sie uns den niemand werden lassen. Wir werden noch wie vor das tun, was wir im Interesse des Verbandes für unbedingt nötig halten. Wir sind Sonntag morgen in Magdeburg zusammengekommen und haben uns darüber ausgesprochen, wie in Zukunft die Einheitsfront innerhalb unserer Organisation gehandhabt werden soll, nachdem der Gewerkschaftsengreß den Boden unserer Organisation in der Form der Industrieorganisation anerkannt hat. Wir als Gauleiter glauben, die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses, die zum Vorteil unserer Organisation sprechen, auch in die Tat umsetzen zu sollen. — Wir sind der Meinung, daß die Gauleiter berufen sind, diese Beschlüsse ihren Kollegen, ihren Angestellten usw. zu unterbreiten, und mit denen Hand in Hand zu arbeiten. Nur zu diesen Fragen haben wir Stellung genommen. Wenn am Schluß hier gesagt wird: „Die Gauleiter sitzen gemeinsam mit ihren Kollegen zusammen und wachen reichlich darüber, daß sie ja nur das tun, was der Verbandsvorstand haben will, so erkläre ich, daß wir es heute begrüßen, daß der Antrag nicht wiedergekommen ist wie in Nürnberg, daß die Gauleiter hinter einem Traktat stehen zu sehen haben. Wir erklären, daß dieser Vorwurf die Gauleiter nicht treffen kann. Wir halten ihn für eine Verleumdung der Delegierten und der gesamten Mitgliedschaft. Wir sind der Meinung, daß die Delegierten die ausgewählten Mitglieder unter der Gesamtmithliedschaft darstellen, und wir schätzen sie viel zu hoch ein, als daß sie es sich gefallen ließen, sich von einem Gauleiter ihre Meinung aufzotzeln zu lassen. Wir weisen das zurück. Wenn Ihr (zu den Kommunisten) zugebt, daß Ihr Euch Eure Meinung auskotzeln laßt, dann muß ich mein Urteil über die Delegierten insoweit revidieren. Den Artikel weisen wir als eine Infamie zurück.

Prenglow, Berlin, behauptet hierzu, daß alles stimmt, was in den kommunistischen Zeitungen steht.

Wagodzinski, Berlin: Die Kollegen, die in der Fata gearbeitet haben, werden sich des peinlichen Gesühns nicht erwehren können, daß man mit der Fata nichts anzufangen wußte. Sie war deshalb leblos, weil sich in den Kreisen der Beamten Strömungen bemerkbar machten, die sich zwar auf sozialistische Grundlagentstützen aber nicht in der Lage waren, innerhalb der Organisation Gebilde hervorzurufen, die mit uns konform gehen. Die Gegenkräfte, die sich dort bemerkbar machten, hemmten jegliche Arbeit innerhalb der Fata. Die Beamten stützen sich auf das Vorrecht der dauernden Stellung, das den Arbeitern und Angestellten nicht eingeräumt wird. Stetter wies treffend darauf hin, daß die Beamten ein Pensjonsrecht haben, die Arbeiter nicht. Bei vielen Gemeinden haben ja die Arbeiter ein Versorgungsrecht, aber viel höher als dieses steht vielen, die sich den Zeitumständen nicht anpassen können und wollen, das Recht auf eine gesteuerte Stellung, das Recht auf Arbeit. In der Privatindustrie macht sich ein ganz anderer Geist bemerkbar. Wir bedauern es außerordentlich, daß man heute bestrebt ist, innerhalb der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe große Gruppen zu privatisieren, seitens der Kommunalbetriebe sogar große Eigenbetriebe an das Privatkapital abzugeben. Das paßt nicht in die neue Zeit, das bedeutet einen Rückfall in eine weit hinter uns liegende Vergangenheit. Wir wollen weitere Kommunalisierung, weitere Verstaatlichung. (Der Redner macht in der Folge Ausführungen über die Lage des Berliner Krankenpflegepersonals. Wir geben sie in Nr. 36 der „Sanitätswarte“ wieder.) Die Anträge zum Verbandstag sind in liebloser Weise behandelt worden. Aus der Filiale Frankfurt ist gegen diese Glossierung Einspruch erhoben worden. Wenn aus Weihenfels der Antrag kommt, daß diejenigen, die wegen politischer Anschauungen ausgeschlossen sind, wieder aufgenommen werden und daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen ausgeschlossen werden darf, dann haben die betreffenden Kollegen die Verpflichtung, hier Beweise für solche Anträge zu erbringen. Ich nehme nicht an, daß die Vorgänge

in Halle als parteipolitisch angesehen werden, denn sie waren gewerkschaftlich. Wenn der Verbandsvorstand dort ausgegriffen und Kopfarbeiterverband drohte, war außerordentlich groß. Der Verband ging rücksichtslos nur auf Propaganda aus und war die Mitgliedschaft bis zum äußersten zu verführen. Eine Organisation hat im Rahmen der Arbeiterschaft nichts zu suchen. In der Berliner Mitgliedschaft hält man manches in der „Gewerkschaft“ für überflüssig. Allen Wünschen wird Dünner auch in der Arbeiterschaft in verschiedene parteipolitische Richtungen getrieben ist es doch vielleicht richtig, daß man gerade bei uns klar die Parteien für die Gemeindegewerkschaften hat.

Ich weiß, daß im Reich eine Stimmung besteht, die für Berliner schwer verständlich ist. Wir haben uns dem Reichstaxitarif nicht angeschlossen. Viele Filialen, die ihn anerkannt haben, werden es heute bedauern, daß sie ihr freies Tarifverhältnis haben. Ich erinnere nur an München. Natürlich kann ein Tarifvertrag von solchem Umfange nicht alle und vor allem nicht die Filialen befriedigen. Es ist bedauerlich, daß die Mitglieder nicht treu zu den Parteien hält, die sie durch den tiefen Weltkriegsabbruch geführt haben, weil sie ihnen nicht das Glück bringen konnten, an einer Stelle, wo nichts war, zu kommen. Wir müssen jetzt, daß wir uns mit der Zeit Arbeitgebern gegenüber befinden, die ihrer Mehrheit wieder aus konservativen Elementen zusammengesetzt sind. Darunter verstehe ich alle kapitalistischen Parteien, die unterstützen sich trotz ihrer Schattierungen in ihren gemeinsamen Interessen, während wir uns untereinander aufreissen. (Geht es) Würden wir in unseren verschiedenen Parteien uns gegenseitig unterstützen im Kampf gegen den Kapitalismus, dann würden wir die Fortschritte machen. — Wir haben Betriebsräte, die sich ehrlieh gegeben haben, mit dem Gesetz fertig zu werden. Diese Männer direkt aus der Arbeit kamen, die nichts verstanden von der Verwaltungstätigkeit, sollten auf einmal unter dem Einfluß eines näher Beamten eine Arbeit leisten, die fast unmöglich erschien, daß haben sie, wenn schwere Kämpfe im Betriebe drohten, überbrochen waren, sich bemüht, den Betrieb vor Zerschlagung zu bewahren. Insbesondere muß die Bestimmung über die Größe der Betriebsräte geändert werden angesichts der Tatsache, daß die meisten Arbeitgeber, um Betriebsräte loszuwerden, einfach die Zahlen, wobei sie immer noch ein gutes Geschäft machen. Auch bei öffentlichen Verwaltungen hat man nicht restlos Schiedspräsidenten auf Wiedereinstellung lauteten, durchgeführt. In der Fata die zur Betriebsrätefrage eingebracht worden ist, sind nach meiner Auffassung manche Fehler enthalten. Die Resolution meiner Auffassung folgenden Wortlaut haben:

„Durch die Aufriehung von Betriebsräten versuchte sich das Kartat eine Inflation zu schaffen, mit der es mittelbar auf die Gehälter Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie auf die Produktion und die Verteilung der Lebensgüter einwirken konnte. Die Erfolge des realpolitischen Kampfes des Proletariats in dieser Richtung sind durch die Durchsetzung des Betriebsrätegesetzes und eine falsche Politik der Gewerkschaften zu beträchtlichen Teilen wieder verloren gegangen. Die gegenwärtige Situation in der sich die Arbeiterklasse befindet, macht es aber notwendig, die Betriebsräte als Organe der Arbeiterklasse unbedingt einen größeren Einfluß bekommen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, die Betriebsräte zu untergeordneten Organen der Gewerkschaftsbewegung und der tatsächlichen Produktion werden zu lassen, sondern es ist ihre Aufgabe, als Betriebsräten Machtorane des Proletariats zu bilden, mit denen möglichst ist, die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats innerlich zu verteidigen und den gewerkschaftlichen Kampf in allen Betrieben erfolgreich zu führen. Besonders müssen die Rechte der Betriebsräte in den Betrieben und Gemeindebetrieben erweitert werden, weil die Betriebsräte in den Betrieben noch die Aufgabe haben, den Gesamtinteressen des Proletariats energisch zu dienen. Im Rahmen des jetzt geltenden Betriebsrätegesetzes ist das nicht möglich. Darum muß der A.G.B. die gewerkschaftliche Kraft aufwenden, damit ein Betriebsrätegesetz geschaffen wird, das den Betriebsräten ein wirkliches Mitbestimmungsrecht in der Produktion gewährleistet. Ohne dieses Mitbestimmungsrecht ist eine Verbesserung oder Kommunalisierung überhaupt nicht durchführbar. Solange die Rechte der Betriebsräte durch ein anderes Betriebsrätegesetz entsprechend nicht erweitert sind, müssen in den Tarifverträgen Betriebsräte verankert werden, die die Interessenvertretung der Arbeiterklasse besser gewährleisten.“

Ich komme aus dem Streik in Berlin. Kollege Müntzer hat den Streik schon so geschildert, daß kein Delegierter uns irgendetwas vorwerfen kann. Wagodzinski verbreitet sich dann ausführlich über den Berliner Februarstreik, wobei er in sehr geschickter Weise das Verhalten der Berliner Kollegen während des Streiks verteidigt. Diese Ausführungen können hier übergangen werden, da die Berliner in Nr. 7 der „Gewerkschaft“ ausführlich zum Wort gekommen ist.

Hoffmann, Köln: Ich habe es seinerzeit bedauert, daß die großen Filialen Berlin und Hamburg sich dem Reichstaxitarif angeschlossen und dabei außer acht ließen, daß nur durch die Zulassung gewaltiger Mittel dieser Tarif verbessert werden konnte. Wir haben auch in Köln einen etwas besseren Tarif als den Reichstaximantelarif, wir haben es verstanden, das, was über den Reichstaxi-



verlangt, daß 80 Proz. der Beiträge an die Hauptkasse fließen sollen. Demgegenüber liegen Anträge vor, die anstatt bisher 25 Proz. 30 resp. 40 Proz. in die Filialkassen fließen sollen. Ich unterstütze diese Anträge vor allen Dingen deshalb, weil die meisten Filialkassen ganz besondere Aufgaben zu erfüllen haben, die sie mit den Ortszuschlägen unmöglich erfüllen können. Wenn wir uns unser Unterstützungsreglement ansehen, wie wir es bisher hatten, so liegt die Sache so, daß die Filialen mit den Unterstützungslagen in keiner Weise auskommen können. Bei uns in Berlin sind die Beträge, die die Verbandskasse uns für Arbeitslosenunterstützung auszuzahlen erlaubt, viel zu gering, wir waren gezwungen, 100 Proz. aus der Filialkasse zuzuzahlen. Ähnlich liegen die Dinge bei der Streikunterstützung und bei der Streikunterstützung. Wir hätten den Streik glänzend gewonnen, wenn man uns nicht den Dolchstoß von hinten versetzt hätte. Aber das ist das Traurige: die Spitzen haben nicht den Mut gefunden, uns vor Ausbruch des Streiks zu erklären, daß sie den Streik nicht sanktionieren, weil die Gefahr besteht, daß die Regierung gestürzt wird. Erst nachdem wir im Streik waren und der Magistrat zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte, kam die Aufforderung der Spitzen, den Streik abzubrechen. Wir hatten die Führung des Streiks in den Händen. Sollten wir nun sagen: die Lokalkasse kann den Streik auch nicht finanzieren. Das war nicht möglich. Wir waren infolgedessen gezwungen, Streikunterstützungen zu zahlen. Vor dem Streik hatte die Filialkasse ein Vermögen von 1 379 000 Mk. Der Streik hat offiziell nur drei Tage gedauert, und wenn der Magistrat nicht, nachdem der Abbruch des Streiks erklärt war, die Kollegenchaft zum Teil auf der Strafe gelassen hätte, dann hätte der Streik nur halb soviel Kosten verursacht. Das Vermögen unserer Filiale wurde für Unterstützungen verbraucht. Wir waren gezwungen, eine Anleihe zu machen. Der Verbandsvorstand bewilligte hierfür 800 000 Mk. Die Gesamtschuld, mit der die Filiale belastet war, betrug nach Abbruch des Streiks, ehe wir die 800 000 Mk. zurückzahlen konnten, 2 395 387,40 Mk. Nun liegt der Antrag der Filiale Berlin vor, den Anteil, den die Hauptkasse zu zahlen hätte, wenn der Streik sanktioniert worden wäre, auf die Hauptkasse zu übernehmen. Ich habe mich davon überzeugt, daß gewisse Schwierigkeiten gegen einen solchen Beschluß vorhanden sind. Wir bestehen nicht darauf, daß jetzt über diesen Antrag abgestimmt wird, unter der Bedingung, daß auch der Antrag aus Köln zurückgezogen wird.

**Koch, Karlsruhe:** Der Abschluß des Reichsmanteltarifvertrages seitens des Vorstandes hat auch in den süddeutschen Bezirken eine gewisse Bitternis ausgelöst, weil wir Verschlechterungen in Kauf nehmen mußten. Ich verweise darauf, daß sämtliche Nachzulagen abgelehnt werden mußten. In Baden ist die Erbitterung groß, weil der Ablauftermin noch einmal um dreiviertel Jahr verlängert wurde. Wir haben das bitter empfunden, weil die Verlängerung des Manteltarifs beschlossen wurde, ohne die Kollegen darüber zu befragen. Wir dürfen den Wunsch aussprechen, daß bei zukünftigen Abschüssen von Reichstarifverträgen eine Reichskonferenz vorausgeht. Eine Beschlußfassung im Sinne des Berliner Vertrags wäre eine Desavouierung des Vorstandes. Auch die großen Filialen müssen sich auf den Boden des Statuts stellen und dürfen erst dann in eine Lohnbewegung eintreten, wenn der Vorstand seine Sanktion dazu gegeben hat.

**Land, Hannover:** Wir halten es für zweckmäßig, in der „Gewerkschaft“ eine Spalte für die Beamten einzurichten. Rechner wünschte eine Sonderbeilage für die Beamten. Soweit wollen wir nicht gehen angesichts der Tatsache, daß wir vorläufig nur mit 6800 Personen zu rechnen haben. Wir können es dem Vorstand überlassen, sich deren Entwicklung anzupassen und aus der Spalte eine Wochen- oder Monatsbeilage herauszuarbeiten. Wichtig erscheint mir, daß über die Verhandlungen zur Besoldungsordnung ein klares Bild in der „Gewerkschaft“ gegeben wird. Wir fordern, daß die „Deutsche Beamtenzeitung“ den Ortsverwaltungen geliefert wird, so daß auf je 20 Beamtenmitglieder ein Exemplar entfällt.

**Schneider, Frankfurt,** schlägt vor, eine Kommission zu wählen, die morgen nach den Schlussworten der Referenten über die Anträge Bericht erstattet. Als Mitglieder schlage ich vor: **Levy, Berlin, Reihner, Königsberg, Jhle, Hamburg, Schneider, Frankfurt, Moser, München.** Dieser Antrag wird angenommen.

**Benner, Köln:** Wir wollen hoffen, daß auch unsere Gewerkschaftsleitung sich der Entwicklung des Betriebsrätewesens nicht entgegenstemmt, daß sie nicht nur einen Sekretär ernannt, der das Betriebsrätewesen beherrscht und entsprechende Richtlinien herausgibt, sondern auch nach dem Antrag Frankfurt einen Vorst. für die praktische Auslegung des Gesetzes heranzieht. Ich denke, daß wir auch nach andere Größen außer Striemer haben und solche unsere Verbandsleitung mindestens so hoch ein, daß sie dies Beispiel nicht nachahmen wird.

**Geiler, Freiburg:** Der Reichsmanteltarif hat sicher für die kleineren und mittleren Orte außerordentlich Gutes geschaffen, was sie örtlich nie hätten erreichen können, und auch manche größeren Städte haben von ihm Vorteil. Auf Grund der Bestimmungen sind Vereinbarungen getroffen, die wir im Interesse unserer Mitglieder und einer freieren erfolgreichen örtlichen Bewegung abzuwehren gezwungen sind. Ich verweise auf die Tatsache, daß auf Grund einer Vereinbarung des Hauptvorstandes mit dem Reichs-

arbeitgeber-Verband nicht die Möglichkeit besteht, bei Lohnsteuern den gesetzlichen Schlichtungsausschuß anzurufen. Die Abstimmung im Reichsmanteltarif gibt einen Anhaltspunkt für solche Auslegung. Unser Bezirks-Arbeitgeberverband hat verwiesen, daß nur die Schlichtungsinstanzen des Reichsmanteltarifs zuständig sind, das wurde vom Kollegen Schulz bestätigt. Eine solche Vereinbarung hätten den Goulettern und Juristen zu bringen gebräut werden müssen. (Schulz sofort gefahren!) In München und Nürnberg ist man davon nicht verständig. Diese Vereinbarung sollte so bald als möglich wieder aufgehoben werden. Wir haben mit dem Zentralrat keine guten Erfahrungen gemacht. Der Kampf um den Manteltarif muß auch in den Theatern geführt werden. Wenn der Manteltarifgesetz beraten wird, sollte der Hauptvorstand darauf bestehen, daß unsere Kollegen in den staatlichen Theatern den Kapital-

**Sabatj (Bundesvorstand):** Hätte die Organisation Anfang an die Zügel fest in der Hand gehabt, wäre es nicht Streit in Berlin gekommen. Aber das war das Unglück, die Akteure des Streiks mehr außerhalb der Organisation als in unserer Meinung nach bestand der Fehler darin, daß man neuen Schiedspruch nicht noch einmal zur Urabstimmung brachte. Auf dem Standpunkt stehen wir doch alle, daß Arbeiter und Angestellten in den Gemeinde- und Staatsbetrieben der Inzenerierung von Streiks eine größere Verantwortung haben als die Arbeiter und Angestellten in den Privatbetrieben. In einer Sitzung im Rathhaus kam die Erklärung zum Ausdruck, daß der Magistrat durch seine Verschleppungspolitik ein Maß von Schuld bei dem Streik habe. Wir haben, daß man zu den Verhandlungen von Seiten des Magistrats allerungünstigsten Leute bestimmt hat. Es ist interessant, daß Ihr Kollege Land, Hannover, erklärt hat, die Gemeinde seien nicht den wirtschaftlichen Gesetzen von Konjunktur aus unterworfen. Wenn das der Fall ist, dann hätte man rechtzeitig den Zeitpunkt abwarten können. Ich habe damals Versammlung gesagt: es ging nicht anders, wir müßten diesen Kampf eintreten und die Arbeiterchaft muß auf dem Boden stehen. Nun sagt Hoffmann, Berlin: wenn die Spitzenorganisation vorher gesagt hätten, wir dürfen aus diesem oder jenem nicht streiken, dann wäre die Sache anders gewesen; das ist aber nicht getan; man hat uns im Gegenteil den Dolch von hinten versetzt. Wir sind vorher gar nicht angerufen worden. Streiks werden von den Organisationen, in erster Linie von örtlichen Organisationen geführt, die verpflichtet sind, die Meinung des Zentralvorstandes einzuholen. Der Ortsauschuß des wirtschaftsbundes und der Vorstand des ADGB werden nicht angerufen. Wir müssen von den Organisationen verlangen, sie selbst den nötigen Weitblick und das nötige Verantwortungsgefühl besitzen. Ich habe damals in der Versammlung gesagt: es handelt es sich mehr um unser eigenes Kennen; wir sind Organisationsvertreter eine viel zu große Verantwortung, die wir bei der Inzenerierung des Streiks nicht vorsichtig sein sollten. Ich die ganzen Angestellten der Berliner Kommunalbetriebe Streik aufruft, ruht das ganze Berliner Wirtschaftsleben. Mögt Ihr Fehler gemacht haben — und nach meiner Meinung Ihr sie gemacht —, mögen wir Fehler begangen haben, es glaubt, jetzt soll man alles vergessen. Also lernen wir aus dem Gange und ziehen die nötige Lehre daraus. Wenn Berlin das tun, dann werden Sie bei künftigen Lohnbewegungen Ortsauschuß und den Vorstand des ADGB auf Ihrer Seite haben.

**Heuers, Bremen:** Wir haben dem Verbandstele eine Sitzung unterbreitet. Der Verbandstele unterbreitet eine Frage zentrale Lohnregelungen durchzuführen sind. Wenn wir letzten zwei Jahre der Lohnbewegung der Gemeinbediensteten Reich betrachten, so sehen wir, daß die Lohnhöhe sich und mehr in einzelnen Städten und Bezirken nach dem Lohn und nach der Lohnhöhe der Reichsarbeiter richtet. Die Bezirke sind, infolgedessen nicht in der Lage, eigene Lohnsätze für die Gemeinbediensteten mit den Vertretern unseres Verbandes zu führen. Die Berliner Kollegen haben beschlossen, daß sie bei Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit den Reichsarbeitern Anteil nehmen wollen. Wir können daraus ersehen, daß nicht im Reich, sondern auch Berlin in der Lohnbewegung gebunden und sich auf die Reichslöhne einstellen muß. Daher sollte der Verbandsvorstand, wenn schon einmal zentrale Lohnregelungen für Gemeinbediensteten unumgänglich sind, sie auf breiterer Basis einzuleiten versuchen. Von dem Nordwestdeutschen Arbeiterverband wird versucht, den Reichsmanteltarif, der ja veröffentlicht werden kann, so auszulegen, wie es ihm beliebt. Der Reichsmanteltarifvertrag, der ja über den Ruhehohn, den Urlaub eine Verfügung enthält, besagt zu gleicher Zeit, daß, wenn über die Lohnhöhe hinweg etwas anderes erreicht werden soll, auf das Reichsmanteltarif, was der Reichsmanteltarif im allgemeinen erfaßt. Wenn die Ruhehohnordnung verbesserungsbedürftig ist, wie in Bremen der Fall ist, wo im Jahre 1906 ein Gesetz geschaffen worden ist, nach 40 Jahren einen Ruhehohn von 300 Mk. im Jahre zu zahlen, dann stellt sich der Arbeitgeber auf den Standpunkt: wenn das Lohngesetz verbessert wird, dann müssen im allgemeinen die Verhältnisse der sozialen Einrichtungen aus dem Reichsmanteltarifvertrag zurückgeschoben werden.

**Aus der Spruchpraxis**

Stadtgemeinde zur Zahlung des Tariflohnes vom Eintritt der Gemeinde- und Staatsarbeiter ab verurteilt. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ab verurteilt. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ab verurteilt. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ab verurteilt.

Der Arbeiter H. gehört unbestritten dem vorgenannten Verband an. Von dem Zeitpunkt der Zugehörigkeit, der erst nach dem Aufbruch zum Frontdienst im Jahre 1918, nach dem Kriegsende im Jahre 1919, war der 1. Mai unstrittig der Zeitpunkt der Zugehörigkeit zu dem Verband. Der Erstarb enthält ferner die Bestimmung, daß am 1. Mai 2 Stunden früher zu schließen sind, wenn eine Lohnkürzung erfolgt. Von dieser Lohnkürzung sind ausgeschlossen die im Schichtwechsel sowie die in anderen ähnlichen Betrieben und im Fahrtdienst der Straßenbahnbediensteten; sie erhalten aber nach dem Erstarb mit Ausnahme der bei der Straßenbahn Beschäftigten dafür 2 Stunden bezahlte Vergütung. Die Stadtverwaltung war der Ansicht, daß diese Lohnkürzung dann keine Geltung mehr habe, wenn der 1. Mai kein Feiertag im Sinne des Tarifvertrages sei. — Die Stadtgemeinde hat den 1. Mai 1922 nicht als gesetzlichen oder behördlich angeordneten Feiertag und ließ eine Lohnkürzung eintreten. Der Streikentscheidungs Ausschuss, der in seiner Sitzung vom 15. Juni 1922 unparteiischen Vorsitzenden eine Entscheidung fällte, hat sich dahin aus, daß in dem vorliegenden Falle der 1. Mai Feiertag im Sinne der tariflichen Bestimmungen sei, weil der 1. Mai 1922 weder durch Gesetz noch von der Stadtverwaltung zum Feiertag bestimmt worden sei. — Dagegen wurde die zweite Streitfrage unterer Kollegen entschieden. Es heißt in der Entscheidung:

Die Bestimmung ist nicht, wie die Stadtverwaltung annimmt, dadurch zu verstehen, daß der 1. Mai, der zurzeit der Verhandlung über den Tarifvertrag geltend gemacht wurde, in der Stadtverwaltung im April angeordnet hatte, daß Anträge von Arbeitnehmern am 1. Mai möglichst zu genehmigen sind, die dem damaligen Verhältnisse es gestatten. Die Stadtverwaltung hat aber den Kollegen, die am Tage vor dem 1. Mai verurteilt worden, den vollen Lohn und den übrigen Kollegen zwei Stunden bezahlte Vergütung.

Die Bestimmung ist nicht, wie die Stadtverwaltung annimmt, dadurch zu verstehen, daß der 1. Mai, der zurzeit der Verhandlung über den Tarifvertrag geltend gemacht wurde, in der Stadtverwaltung im April angeordnet hatte, daß Anträge von Arbeitnehmern am 1. Mai möglichst zu genehmigen sind, die dem damaligen Verhältnisse es gestatten. Die Stadtverwaltung hat aber den Kollegen, die am Tage vor dem 1. Mai verurteilt worden, den vollen Lohn und den übrigen Kollegen zwei Stunden bezahlte Vergütung.

**Gas, Wasser, Elektrizität**

Umorganisation der Gasbetriebe. Die finanziellen Verhältnisse der deutschen Gaszeugungsbetriebe lassen es als berechtigt erscheinen, daß sich eine Körperschaft wie der Deutsche Verein von Gas- und Wasserfachmännern mit einer zeitgemäßen Umorganisation der Betriebsführung in den Gas- und Wasserwerken beschäftigt, die auch auf andere Betriebe ihre Auswirkung haben kann. In Heft 1 der Veröffentlichungen des „Sonderausschusses für soziale und wissenschaftliche Betriebsführung“ dieses Vereins bringt Ingenieur Berthold Radtke unter dem Titel „Die Betriebsorganisation der Frankfurter Gasgesellschaft in ihrer Entwicklung“ im Verlag Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern, E. V., Berlin N. 35, ein Beispiel für eine mögliche Umorganisation, wie sie bei der Frankfurter Gasgesellschaft schon besteht und wie dieses Beispiel von mehreren Gasbetrieben übernommen werden soll. Man kann sagen, daß die Grundidee darin gesucht wird, ein System zu finden, nach dem keine Arbeitszeitleistung und kein Gramm Material im Interesse der Rentabilität des Unternehmens verloren geht. Nach den gebotenen Handhaben in diesem Werk kommt man dem gesteckten Ziel wissenschaftlich näher. Auch ist die Gelegenheit geboten, bei weiterer Ausnützung der gewiesenen Wege das erwünschte Ziel zu erreichen. Aber nur wissenschaftlich und nicht auch sozial, wie es dem Namen nach Aufgabe des Sonderausschusses sein soll. Wenn Maschinen bis aufs letzte ausgenützt werden, so wird die Lebensdauer dieser Instrumente des Betriebes um den Grad der Ausnützung herabgesetzt, die sogar bis zur Unrentabilität reichen kann. Dem lebenden Menschen als Instrument des Betriebes kann es nicht besser ergehen, wenn er in seiner Arbeitsleistung bis aufs letzte ausgenützt wird. Das wäre unsozial. Doch wir sehen erst Heft 1 vor uns, in dem die soziale Betriebsführung noch nicht behandelt wurde, so daß wir in den weiteren Veröffentlichungen im Interesse der Allgemeinheit eine Lösung dieser Frage erwarten dürfen.

**Reichs- und Staatsarbeiter**

Stundenlohnlage ab 1. August der über 21 Jahre alten Reichs- und Staatsarbeiter. Die besonders in der ersten Augusthälfte eingeleitete Steigerung der Lebensmittelpreise hat die Spitzenverbände veranlaßt, an die Reichsregierung heranzutreten, um eine sofortige Verringerung der Bezüge für die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu erwirken. Die Regierung ist sofort dem Antrage der Organisationen nachgegeben. Nach dreitägiger Verhandlung wurde nachstehendes Ergebnis erzielt. Wenn auch das Resultat nicht überall volle Befriedigung auslösen dürfte, so sei aber doch darauf hingewiesen, daß, abgesehen von einzelnen Orten, wir uns mit diesen Lohnsituationen an der Spitze befinden und große Teile der Privatindustrie weit hinter diesen Löhnen ab 1. August zurückbleiben. Die Regierung hat Vorbereitungen getroffen, damit die Mehrbeträge auf dem schnellsten Wege zur Auszahlung gelangen.

**Männliche Arbeitskräfte**

Ortsklasse	Männliche Arbeitskräfte in Lohngruppe						
	I	II	III	VI	V	VI	VII
A	42,40	41,30	40,20	39,20	38,30	37,90	37,60
B	41,40	40,30	39,20	38,20	37,30	36,90	36,60
O	40,40	39,30	38,20	37,20	36,30	35,90	35,60
D	39,40	38,30	37,20	36,20	35,30	34,90	34,60
E	38,40	37,30	36,20	35,20	34,30	33,90	33,60

Weibliche Arbeitskräfte in Ortsklasse A 28,30, 27,50 und 26,80. B 27,60, 26,80 und 26,10. C 26,90, 26,10 und 25,40. D 26,20, 25,40 und 24,70. E 25,50, 24,70 und 24,—. Zu diesen Sätzen kommt ein Frauenzuschlag von 1 Mk. pro Stunde und ein Kinderzuschlag von 1,75 Mk. pro Kind und Stunde und die jeweiligen Ueberteuerungszuschüsse.

**Landstraßenwärter**

Gau Frankfurt a. d. O. (Tariflöhne für die Provinzial- und Kreischauffeurarbeiter.) Vom 1. Juni 1922 ist eine Lohnzulage von 23 Mk. zu dem bisherigen Lohn von 80 Mk. zu zahlen. Mitbin beträgt der Tageslohn 103 Mk. Das Kindergeld beträgt für den Tag pro Kind 4,80 Mk., das Hausstandsgeld monatlich 100 Mk. Sofern bei den einzelnen Verwaltungen diese Löhne noch nicht bezahlt wurden, haben die Betriebsräte den Kommunalbauämtern, beim Provinzialverband den Chauffeuraufsichtsbeamten dies unverzüglich zu melden. Falls dort der Kommunalchef eine Anweisung auf Auszahlung des vollen Lohnes nicht erteilen läßt, ist der Gauleitung Mitteilung zu machen. — Am 8. August 1922 haben erneute Verhandlungen zwecks Festlegung der Löhne für die Monate Juli und August stattgefunden. Der Lohn beträgt für den Monat Juli pro Tag 136 Mk., für den Monat August 151 Mk. An Kindergeld wird seit 1. Juli gewährt pro Tag 8,10 Mk., das Hausstandsgeld beträgt seit 1. Mai monatlich 100 Mk. Die



17	18	19	20	21	22
11,05	10,70	10,20	9,40	8,80	9,22
11,00	11,20	10,80	9,70	9,10	
20,40	19,75	19,20			
34,10	33,05	32,10			
20,40	19,75	19,20			

Personal 20 Mk., angeleiertes weibliches Hauspersonal 15,50 Mk., angeleiertes weibliches Hauspersonal 14,75 Mk. pro Stunde. Ein Kindergeld, 1 Mk. Hausstandsgehalt und eine Wochenspende von 10 Pf. pro Jahr und Stunde bis 50 Pf.

**Hamburg.** In unserer gut besuchten Mitgliederversammlung am Freitag gab Kollege Lüdning den Kartellbericht. Der Beamtensinn hat sich dem Ortsausschuß des ADGB angeschlossen. Dem Arbeiter-Samariterbund sind vom Ortsausschuß 1500 Mk. überwiesen worden. Die Abrechnung vom zweiten Quartal ergab einen Kassensaldo von 8500 Mk. Die Abrechnung von der Reiseleiter verzeichnet einen Überschuß von 296 Mk. Beschllossen wurde, zur Unterstützung der Arbeiter beim Streik in der Karlsruhütte 50 Mk. pro Woche zu spenden. Die Beiträge wurden folgendermaßen festgesetzt: Gruppe 1 12 Mk. und 3 Mk. Votalszuschlag, Gruppe 11 9 Mk. und 2 Mk. Votalszuschlag, Gruppe 111 6 Mk. und 2 Mk. Votalszuschlag. Dem Metallarbeiterfreitag beteiligten Verbandsmitgliedern wurde die Unterstützung bewilligt, wie sie die Metallarbeiter haben.

**Schwabert.** Eine Versammlung am 22. August beschäftigte sich mit dem Arbeiterverband der städtischen Arbeiter. Es wurde beschlossen, daß der Arbeiter erhalten an 18,52 Mk. hinzu kommt eine wöchentliche Frauenrente von 48 Mk., so daß der Wochenlohn 936,96 Mk. beträgt. Am 22. wurde in München der Schiedspruch gefällt, der den Arbeitern eine endgültige Regelung ihres Lohnes wöchentlich einen Betrag von 180 Mk. zuspricht. Der Arbeitgeberverband lehnte die Forderung ab und verlangt von dem Vorkuß 60 Mk. Rückzahlung. Nach Abzug von Kranken- und Invalidenversicherung nebst der Lohnsteuer 109 Mk. für Brennmaterial bleiben 921,50 Mk. Dabei gibt es in Schwabert Leute, die behaupten, daß die Arbeiter und die Arbeiter des Gaswerkes zwölf Lohn erhalten, was das Gas so teuer ist. Die fortschreitende Teuerungszunahme des Lebens des Arbeiterverbandes hat eine große Rolle bei den Arbeitern hervorgerufen. Die Beratungen werden sich zur einstimmigen Annahme einer Entschlieung, die an den Stadtrat übermittelt wurde. Darin wird gefordert, die Teuerungserklärung mit Unterstützung von dem schmachvollen Schiedspruch des Arbeitgeberverbandes Kenntnis nimmt. Es werden die Mittel dieses Angebot und ist entschlossen, auch das letzte geeignete Mittel in Anwendung zu bringen. Die städtischen Arbeiter halten anstandslos der furchtbaren Teuerung mit Entschiedenheit in München gefassten Schiedspruch vom 11. Juli fest.

**• Aus den deutschen Gewerkschaften •**

Der Verband der Buchdrucker hielt vom 4. bis 12. Juli in Leipzig seinen 11. Verbandstag ab. Der Verband zählt gegenwärtig 7500 Mitglieder, das sind etwa 97 Proz. aller Berufsdrucker. Bewertenswert ist der mit 89 gegen 62 Stimmen gefasste Beschluß, die vier graphischen Verbände (Buchdrucker, Lithographen und Steinbrücker, Buchbinder und graphische Hilfsarbeiter) dem Industrieverband zu vereinen. Auf dem Gewerkschaftstagen in Leipzig stimmten die Buchdrucker noch gegen die Industrieorganisationen. Nach einem Referat über „Vertragsabteilung, Buchdrucker, Vertriebsorganisation“ wurde beschlossen, den „Dunkelarbeiter“ in Zukunft monatlich zweimal statt einmal herauszugeben. Der Wochenbeitrag für Bekehrte wurde auf 1 Mk. erhöht. Von übrigen wurde als Beitrag ein Stundenlohn beschlossen. Der Vorstand alle Vierteljahre neu festsetzt. Eine einstimmige Annahme erfolgt gegen die Aufnahme von Korrektoren in den Bekehrtenverband. Zur Frage der Pressefreiheit wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Generalsammlung nimmt zur Pressefreiheit den Standpunkt ein: Jeder Meinungsäußerung soll uneingeschränkte Ausbreitung gesichert sein, soweit dies im Rahmen einer der guten Sitten und Menschenwürde üblichen Art geschieht. Sie richtet an die im Reich bestehenden Ständesorganisationen der Presse die entsprechende Mahnung, einen Mißbrauch der Pressefreiheit, wie er sich vielfach im Reich in maßloser Beschimpfung der Arbeiterschaft und Aufstachelungen zu Mord und Gewalttaten gegenüber Arbeitenden äußert, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Unterbleibt dieser Mißbrauch der Pressefreiheit nicht, fällt die Verantwortung für alle Folgen, die dann und dort durch die verbreitete Existenznot eintreten werden, auf die Urheber solcher Mißbräuche zurück.“

Schärfsten Protest legte die Generalsammlung gegen die Haltung der Todesstrafe über die russischen Sozialrevolutionäre. Es verlangt vom ADGB. Anwendung aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel zur Verhinderung dieses Urteils. Der nächste Verbandstag findet in Hamburg statt.

Der 19. Verbandstag der Schuhmacher tagte Mitte Juni in München. Den Bericht des Vorstandes gab Simon. In der Tagesordnung erhob er als Grundfrage: Ein Beitrag gleich einem Monatslohn. Beschllossen wurde, den Titel des Fachblattes in „Der Schuhmacher“ umzubenen. Zur Bildungsfrage der weiblichen Mitglieder wurde eine lange Resolution angenommen, wonach in

allen größeren Filialen Bildungskommissionen eingesetzt werden sollen, die besondere Versammlungen mit belehrenden Vorträgen, Kurse und Diskussionsabende für Frauen abhalten sollen. Eine Resolution besagt, daß alle Versuche des Verbandes zur Schaffung eines Industrieverbandes für die gesamten lederherstellenden und lederverarbeitenden Berufe resultatlos geblieben sind. Nach einem Referat Simons über: „Die soziale Gesetzgebung im neuen Deutschland“ wurde eine Entschlieung angenommen, welche die Gesetzgebung über die Arbeitszeit und die Schlichtungsordnung verwirft. Dann folgte ein Referat von Dr. Einstein (Stuttgart) über: „Weltwirtschaftliche Probleme“. In den Vorstand wurden wiedergewählt: Simon, 1. Vorsitzender; Weg, 2. Vorsitzender; Reuß und König, Hauptkassierer; Trefflich, Redakteur; Weidert, Sekretär.

**• Rundschau •**

**Mensch.** Mensch sein heißt, Verantwortung haben, Verantwortung vor sich selber, Verantwortung vor der Mitwelt, Verantwortung vor der Zukunft. Für sich selber sorgt auch der Löwe mit eigener Kraft, gemeinsam ringen auch die Kraniche und die Ganssen und die Pelikane und viele andere Wesen der Tierwelt um die Existenz. Der Mensch soll mehr: er soll Mensch sein. Ein Glied des Ganzen und doch über dem Ganzen, indem er es erlebt, in sich fühlt und bewußt hinauszwingt zu neuen Höhen. Es ist etwas Wunderbares um das Menschsein. Die Tiere, die Pflanzen, alles andere Leben kennt nur die kleine Eigenexistenz. Der Mensch fühlt die Zusammenhänge. Er sieht das Große. Er empfindet den Sinn, der hinter dem Ganzen steht. Er ahnt das Neue, das aus diesem tausendgestalteten Hin und Her werden soll: die Befreiung der Seele, Menschentum. Das, was das allerheiligste Menschliche ist, dieses Tiefinnerste des Herzens, es soll frei sein. Jubeln soll die Seele und in Freude soll sie umschlingen die Welt. In den Schwestern und Brüdern soll sie sich wiederfinden und aus der Schwester-Brüder-Mitwelt schöpfen die eigene Kraft und das eigene freie Glück. Und das ist die große Verantwortung, die die Natur dem Menschen auferlegt: Ist er ein Glied solchen Wachstums? Erlebt er diese seine wahre Menschenwürde? Kann er bestehen vor dem großen neuen Menschengeschlecht? — Gerade heute gilt es, diese Pflicht zur Menschengröße zu bewahren. Wohl zehrt wie nie die Not, wohl gilt heute wie nie der Kampf fürs wirtschaftliche Recht. Doch letzten Endes soll immer noch frei sein das heiligste innere Ich. Über all dem Ringen und Kämpfen steht als höchstes proletarisches Glück ewig: der Mensch.

**Was fehlt am Schwangerenschutzgesetz?** Man hat schon vor Jahren festgestellt, daß die Arbeit der Frau einen großen Einfluß auf die Schwangerschaft hat. So fand man, daß die Arbeiterinnen, die im Sommer nach der Ernte entbinden, eine unnatürlich kürzere Schwangerschaftsdauer haben. Ebenso fand man, daß sich das Gewicht der Frucht durch Anstaltspflege in der letzten Schwangerschaftszeit erhöht. Neue Untersuchungen hat man nun nach dieser Richtung in Wien angestellt, die beweisen, in wie hohem Maße die Frauarbeit und das soziale Los auf die proletarische Nachkommenschaft einwirken. Wie Dr. Peller darüber in der Zeitschrift für Hygiene berichtet, ist das Gewicht der Neugeborenen des wohlhabenden Mittelstandes allgemein höher als das Gewicht der Neugeborenen des Proletariats. Auch die Länge ist beim Mittelstande größer. Zugleich beweisen uns die Pellerschen Zahlen aber auch, was eine soziale Behandlung der Frau zur Zeit der Schwangerschaft ausmacht. Je länger die Frauen vor der Schwangerschaft in der Klinik gewesen sind, um so besser wurden Länge und Gewicht. Das heißt, je mehr der Frau vor der Schwangerschaft Ruhe und Pflege möglich ist, um so günstiger wird die Nachkommenschaft gesundheitlich gestellt. Es ist ja bekannt, daß das Gewicht der Neugeborenen bei den Geschlechtern verschieden ist. Aber noch größer ist, wie sich herausgestellt hat, der Einfluß sozialer Momente! Aber das Gute haben die Untersuchungen ergeben, daß sich diese ungleiche Lage ausgleichen läßt. Durch günstigere Lebensbedingungen können diese Gefahren für die proletarische Nachkommenschaft beseitigt werden. Und diese besseren Lebensbedingungen saßt Peller auf Grund jener Untersuchungen zusammen in: Besserstellung hinsichtlich der Arbeitsleistung und Ernährung in den letzten vier Wochen der Schwangerschaft. Es müßte darum auch gefeslich für ausreichende Verpflegung gefordert werden. Was eine derartige soziale Fürsorge bedeuten würde, zeigt die Tatsache, daß sich das Gewicht der proletarischen Neugeborenen dann bis zu 350 Gramm heben würde.

**• Briefkasten •**

B. S., Wiesbaden. Das Gedicht ist nicht verwendbar.

